

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

aus innerbetrieblichen Gründen konnte die Sommerausgabe (2020, Nr. 2) von China heute dieses Jahr leider nicht zur gewohnten Zeit erscheinen. Sie halten deshalb jetzt eine Doppelnummer – 2020, Nr. 2-3 – in den Händen. Sie hat zwei getrennt gebundene Teile. Teil 1 enthält die Rubriken *Informationen, Dokumentation und Themen*, Teil 2 *Historische Notizen und Bibliographische Notizen*. Die nächste Ausgabe (2020, Nr. 4) erscheint dann Ende Dezember wieder als Einzelheft. Wir wünschen gute Lektüre!

Ihre Redaktion

Zwei Jahre vorläufiges sino-vatikanisches Abkommen über Bischofsernennungen: ein Rückblick

Am 22. September 2018 unterzeichneten der Unterstaatssekretär für die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Staaten, Msgr. Antoine Camilleri, und der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Chao ein vorläufiges Abkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik China über die Ernennung von Bischöfen. Es war das erste Abkommen überhaupt, das zwischen der Volksrepublik China und dem Vatikan geschlossen wurde. Am gleichen Tag gab Papst Franziskus seinen Entschluss bekannt, die letzten sieben „offiziellen“ Bischöfe (und einen achten posthum), die ohne päpstliches Mandat geweiht wurden, in die volle kirchliche Gemeinschaft aufzunehmen. Der Inhalt des Abkommens ist bis heute unbekannt, die chinesische Seite soll auf der Geheimhaltung bestanden haben. Am 26. September 2018 erschien eine lange, das Abkommen flankierende „Botschaft von Papst Franziskus an die chinesischen Katholiken und die universale Kirche“, in der er u.a. dazu aufrief, „die Spaltungen der Vergangenheit zu überwinden“ (vgl. *China heute* 2018, Nr. 3, S. 140-146, 166-173).

Wie erst im September d.J. bekannt und am 29. September 2020 durch den Chefredakteur der vatikanischen Medien, Andrea Tornielli, bestätigt wurde, trat das auf zwei Jahre befristete Abkommen erst einen Monat nach seiner Unterzeichnung in Kraft und läuft daher am 22. Oktober 2020 ab. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe (15. Oktober) wurde für wahrscheinlich gehalten, dass es erneuert wird. Der für die Verhandlungen zuständige Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin erklärte am 14. September 2020, dass es „unsere Absicht ist, dass es verlängert wird, dass wir es weiter *ad experimentum* anwenden, wie es in diesen zwei

Jahren geschehen ist, um noch weiter den Nutzen für die Kirche in China zu prüfen“ – auch wenn, wie der Kardinal im gleichen Pressegespräch zugab, „diese ersten Resultate nicht so bemerkenswert waren“. Tornielli sprach von einer zeitlichen Fortführung des Abkommens „in seiner jetzigen Form“ und stellte noch einmal klar, dass es „ausschließlich das Prozedere zur Ernennung von Bischöfen“ betreffe. Die chinesische Seite hat jedoch zunächst nicht signalisiert, ob sie das vorläufige Abkommen erneuern will. Die chinesischen Außenamtssprecher sprachen am 14. und 22. September lediglich von einer „reibungslosen Umsetzung“ des bestehenden Abkommens und einer guten Kommunikation zwischen beiden Seiten.

Resultate

Wie sieht es nun nach zwei Jahren mit den Resultaten aus, insbesondere in Bezug auf die Bischöfe, die ja der Gegenstand des Abkommens waren?

Grundsätzlich positiv ist die Tatsache, dass es in China nunmehr keine aus kirchlicher Sicht illegitimen Bischöfe mehr gibt und alle formal in Einheit mit dem Papst sind – auch wenn der Preis dafür hoch war. Solange das Abkommen funktioniert, wird es auch keine neuen illegitimen Bischofsweihe mehr geben. China hat dem Papst erstmals überhaupt ein Mitspracherecht bei den Bischofsernennungen eingeräumt, die es als innere Angelegenheiten Chinas ansieht – auch wenn es sich vermutlich darauf beschränkt, dass der Papst einen nach chinesischem Verfahren gewählten Bischofskandidaten entweder bestätigen oder ablehnen kann.

In der Kirche Festlandchinas waren Ende 2018 etwa 40 Bischofsstühle zu besetzen, bei je nach Zählung 146 oder 96 Diözesen. Zudem gab es 36 behördlich noch nicht anerkannte Bischöfe im Untergrund, von denen damals 19 im Amt waren (Zahlen nach Holy Spirit Study Centre). Was hat hier das Abkommen bewirkt?

Seit dem Abkommen neu geweihte Bischöfe

26. August 2019: Anthony Yao Shun (geb. 1965), geweiht zum Bischof von Jining (Innere Mongolei).

28. August 2019: Stephen Xu Hongwei (geb. 1975), geweiht zum Koadjutorbischof von Hanzhong (Shaanxi), Ortsbischof ab 18. Januar 2020.

Beide waren im April 2019 nach dem offiziellen chinesischen Verfahren von einem diözesanen Wahlgremium gewählt und von der offiziellen (von Rom nicht anerkannten) Chinesischen Bischofskonferenz bestätigt worden. Jedoch hatte der Papst alle beide schon vor dem Abkommen ernannt – weshalb einige Beobachter meinten, dass man ihre

Weihe nicht eigentlich als Frucht des Abkommens ansehen könne. Die Vetomacht des Papstes, so Mimi Lau in der *South China Morning Post*, wurde noch nicht getestet. Weihungen mit informeller beiderseitiger (päpstlicher und behördlicher) Zustimmung hat es schon vor dem Abkommen häufiger gegeben. Neu war, dass dies bei beiden Weihungen jetzt auch öffentlich in die Formalitäten des Weiheablaufs eingebaut war, indem beim Verlesen des Approbationsschreibens der Chinesischen Bischofskonferenz der Satz hinzugefügt wurde: „Der Papst hat diesem Kandidaten bereits zugestimmt“. Die zwei Bischöfe, die übrigens beide im Ausland studiert haben, werden hoffentlich gut arbeiten können. Jedoch sind nur zwei Weihungen in zwei Jahren bei so vielen Vakanzen ein sehr geringer Ertrag.

Seit dem Abkommen behördlich anerkannte „Untergrundbischöfe“

Sechs zuvor nicht anerkannte (d.h. von der offiziellen Bischofskonferenz nicht als Bischöfe approbierte und nicht beim Nationalen Büro für religiöse Angelegenheiten zu den Akten gemeldete, damit aus staatlicher Sicht „illegale“) Bischöfe wurden seit dem Abkommen behördlich anerkannt, fünf von ihnen wurden öffentlich als Orts- oder Koadjutorbischöfe installiert:

Bischof Zhuang Jianjian von Shantou (Guangdong),

Bischofsweihe 2006, am 22. Januar 2019 im Alter von 88 Jahren offiziell emeritiert, d.h. behördlich als Bischof emeritus anerkannt.

Bischof Jin Lugang von Nanyang (Henan), geb. 1956,

Bischofsweihe 2007, am 30. Januar 2019 offiziell als Koadjutorbischof installiert.

Bischof Lin Jiashan von Fuzhou (Fujian), geb. 1936,

Bischofsweihe 1997, am 9. Juni 2020 offiziell als Ortsbischof installiert.

Bischof Li Huiyuan von Fengxiang (Shaanxi), geb. 1965,

Bischofsweihe 2014, am 22. Juni 2020 offiziell als Ortsbischof installiert.

Bischof Ma Cunguo von Shuozhou (Shanxi), geb. 1971,

Bischofsweihe 2004, am 9. Juli 2020 offiziell als Ortsbischof installiert.

Bischof Jin Yangke von Ningbo (Zhejiang), geb. 1958,

Bischofsweihe 2012, am 18. August 2020 offiziell als Ortsbischof installiert.

Allen sechs Kandidaten ist gemeinsam, dass ihre Bischofsweihe vor Jahren insgeheim mit päpstlicher Ernennung, aber ohne das offiziell vorgeschriebene chinesische Verfahren erfolgt war. Ansonsten liegen die Fälle sehr unterschiedlich (siehe „Chronik“). Manche Bischöfe, z.B. Bischof Lin Jiashan, gehörten zur Untergrundgemeinschaft der Kirche und „wechselten“ mit der öffentlichen Installation in die offizielle Gemeinschaft. Andere, z.B. Bischof Jin Yangke, gehörten von vornherein zum offiziellen Teil der Kirche, waren aber heimlich zum Bischof geweiht worden. P. Sergio Ticozzi PIME vom Holy Spirit Study Centre in Hongkong wies in *AsiaNews* darauf hin, dass aufgrund der

unterschiedlichen Konstellationen vor Ort nicht alle diese offiziellen Installationen als Ergebnis des sino-vatikanischen Abkommens gesehen werden könnten.

Kurz nach dem Abkommen erlaubte die Volksrepublik China erstmals zwei chinesischen Bischöfen (einer davon der frisch legitimierte Bischof Guo Jincai von Chengde), im Oktober 2018 zeitweise an der Generalversammlung der Bischofssynode in Rom teilzunehmen. Allerdings blieb die Teilnahme chinesischer Bischöfe an weltkirchlichen Ereignissen in der Folgezeit (vielleicht teilweise auch bedingt durch die COVID-19-Pandemie) überschaubar.

Zunahme von Kontrolle, die Unterdrückung des Untergrunds und das Prinzip der Unabhängigkeit

Überschattet wurden diese eher positiven Entwicklungen (ob nun direkte Resultate des Abkommens oder nicht) zum einen durch die allgemeine Verschärfung der Politik von Partei und Staat gegenüber den Religionen. Diese nahm ab 2018 – mit dem Inkrafttreten der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ am 1. Februar 2018 und der Eingliederung des Büros für religiöse Angelegenheiten in die Einheitsfrontabteilung der Partei im März 2018 – noch einmal an Fahrt auf. Erwähnt seien hier nur die Forderung nach Sinisierung der Religionen und der Auslegung ihrer Lehren, das Vorgehen gegen religiöses Leben in rechtlichen Grauzonen und die regionalen Verbote religiöser Betätigung Minderjähriger.

Unmittelbar nach Abschluss des Abkommens begannen Behörden in einigen Provinzen Chinas, katholische Untergrundkleriker massiv unter Druck zu setzen; sie forderten von ihnen, sich zu registrieren und in diesem Zusammenhang Erklärungen zu unterschreiben, dass sie das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche unterstützen (dieses Prinzip war bisher eben der Hauptgrund dafür gewesen, warum Katholiken in China sich aus Gewissensgründen für den Untergrund entschieden). Dabei sollen Behörden immer wieder argumentiert haben, dass der Papst dem allem ja schon zugestimmt habe – eine Behauptung, die sich nicht klar widerlegen ließ, da der Inhalt des Abkommens geheim ist und auch Vatikanvertreter zunächst die Ansicht äußerten, dass „der Untergrundstatus verschwinden“ werde (so Kardinal Fernando Filoni, damals Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, in einem am 3. Februar 2019 veröffentlichten Interview). Viele Priester und Gläubige im Untergrund fühlten sich orientierungslos, manche von Rom verraten. Erst nach langem Schweigen veröffentlichte der Heilige Stuhl am 28. Juni 2019 „Pastorale Richtlinien zur zivilen Registrierung des Klerus in China“. Darin kritisierte er die „Einschüchterungsmaßnahmen“ der Behörden und bekundete Respekt für die Entscheidung derer, die sich aus Gewissensgründen unter den gegebenen Bedingungen nicht registrieren lassen wollen.

Die „Pastoralen Richtlinien“ enthalten auch die Einschätzung, dass in dem vorläufigen Abkommen „die be-

sondere Rolle des Nachfolgers Petri anerkannt wird“, was den Heiligen Stuhl „logischerweise“ dazu führe, die „Unabhängigkeit“ der Kirche in China so auszulegen, dass „diese nicht im absoluten Sinne gemeint ist, nämlich als Trennung vom Papst und von der Universalkirche, sondern eher in Bezug auf den politischen Bereich“ (vgl. *China heute* 2019, Nr. 2, S. 72-73; 87-88).

Dass man in der Einheitsfrontabteilung der Partei aber von der bisherigen Haltung der Partei nicht abrücken will, zeigt ein Grundsatzartikel von Wang Zuo'an, einem ihrer Vizeleiter und Direktor des nationalen Religionsbüros, der am 26. März 2019 erschien. In diesem Artikel zum Thema Sinisierung schreibt Wang, die Katholiken müssten angeleitet werden, „unerschütterlich am Prinzip der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung festzuhalten“ und „aktiv und beständig die Selbstwahl und -weihe von Bischöfen durchzuführen“; die Untergrundkräfte seien zu „erziehen und transformieren“ und „Einmischung und Untergrabung durch ausländische Kräfte“ zu verhindern (vgl. *China heute* 2019, Nr. 1, S. 10). Die Amtseide, die die oben genannten fünf „Untergrundbischöfe“ bei ihrer öffentlichen Installation schwören mussten, enthalten in drei Fällen auch das Versprechen, an dem Prinzip der Unabhängigkeit festzuhalten (zumindest nach den Berichten auf der Website der offiziellen katholischen Leitungsgremien – für Bischof Ma Cunguo kursiert ein alternativer Eid in den sozialen Netzwerken; siehe die „Chronik“). Hier ist noch anzumerken, dass die am 1. Februar 2020 in Kraft getretene Rechtsnorm der „Maßnahmen für die Verwaltung religiöser Organisationen“ (siehe Informationen und Dokumentation) in § 5 erstmals von allen Religionen fordern, dass sie am Prinzip der Unabhängigkeit festhalten. Dieses Prinzip wurde also politisch gestärkt und dürfte das Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche in China noch lange Zeit bestimmen.

In der Diözese Mindong (Funing) in der Provinz Fujian erreichte die Entwicklung derweil einen traurigen Höhepunkt: Am 4. Oktober 2020 erklärte Weihbischof Guo Xijin seinen Rücktritt vom Amt und seinen Rückzug in ein Leben des Gebets (siehe Dokumentation). Er leitete vor dem Abkommen als von der Regierung nicht anerkannter Ortsbischof die große Untergrundgemeinschaft der Diözese von über 80.000 Gläubigen und 57 Priestern, während damals nur etwa 4.000 Gläubige und 8 Priester zum offiziellen Teil der Diözese gehörten, die von dem noch illegitimen Bischof Zhan Silu geleitet wurde. Auf Bitten Roms stimmte Bischof Guo zu, sich als Weihbischof mit seinen Priestern dem nunmehr legitimierten Ortsbischof Zhan zu unterstellen. Am 18. April 2019 feierten die beiden Bischöfe und alle Priester gemeinsam die Christmesse. Doch nach fortgesetztem Druck der Behörden auf die Priester im Untergrund, eine Erklärung zur Unterstützung der Unabhängigkeit der Kirche zu unterzeichnen, zog Weihbischof Guo im Mai 2019 seinen Antrag auf staatliche Anerkennung zurück. Noch am 1. September 2020 wurde wieder ein Untergrundpriester der Diözese, Liu Maochun, für 17

Tage verschleppt, um ihn zu zwingen, sich der offiziellen Kirche anzuschließen, wie es bis auf etwa 20 Priester der Untergrundklerus von Mindong bis dahin bereits getan hatte. Nun hat Weihbischof Guo die Konsequenzen gezogen. Möglicherweise hatte er auch auf mehr klärende Unterstützung durch Rom in dieser Lage gehofft. Er macht in seinem Rücktrittsbrief aber deutlich, dass er die vom Papst getroffene Entscheidung, Bischof Zhan zum Leiter der Diözese zu machen, nicht in Frage stellt und dass alle Priester der Diözese gültig die Sakramente spenden. – In einigen anderen Diözesen, in denen der Untergrund ebenfalls unter Druck steht, so etwa in Jiangxi (siehe „Chronik“), wird der Fall Mindong als warnendes Beispiel gesehen.

Die Frage der Verlängerung

Beijing hat in den letzten Monaten international stark an Zustimmung verloren und könnte deshalb an guten Beziehungen zum Vatikan interessiert sein, auch um Taiwan zu schaden, dessen letzter diplomatischer Verbündeter in Europa der Heilige Stuhl ist. Außerdem könnte eine Verlängerung des Abkommens den chinesischen Behörden helfen, die Untergrundgemeinschaften noch mehr unter ihre Kontrolle zu bekommen. Doch soll es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Kräfte geben (laut Bernardo Cervellera von *AsiaNews* sind sie mit der Einheitsfrontabteilung verbunden), die es grundsätzlich ablehnen, dem Heiligen Stuhl irgendeinen Einfluss auf „innere Angelegenheiten“ Chinas zu gewähren.

In einem interessanten Kommentar der *Central News Agency* aus Taiwan heißt es, Konservative in der KP befürchteten, dass das Abkommen mit dem Vatikan für die Partei eine „Giftpille im Zuckermantel“ sei, weil es rechtliche Schlupflöcher für die „Einmischung ausländischer Kräfte“ eröffne und womöglich gar den Führungsanspruch der Partei erschüttern könnte. Es könnte sein, dass Beijing auf Geheimhaltung der Vereinbarung bestehe, um nicht in Erklärungsnot zu kommen, warum sie teilweise gegen ihre eigenen Lehren verstoße, so die Analyse aus Taiwan. Sie sieht die Frage, ob China einer Verlängerung des Abkommens zustimmt oder nicht, auch als Indikator für den Stand der Kämpfe zwischen der „demokratischen“ und der „konservativen“ Fraktion innerhalb der KP.

Die Verhandlungsposition des Vatikans ist schwierig, da er bereits viele Zugeständnisse an China gemacht hat und Beijing bei einem Abbruch der Verhandlungen wieder einseitige Bischofsweihen erzwingen könnte – dies geschah zuletzt, nachdem im Jahr 2010 sino-vatikanische Gespräche gescheitert waren. Es wäre sehr zum Schaden der Kirche in China. Ed Condon (*Catholic News Agency*) zitierte einen dem Staatssekretariat nahestehenden Vatikanbeamten mit den Worten, „wenn der Heilige Stuhl einfach [aus den Verhandlungen] wegläuft, wem in China hilft das?“

International wurde das Schweigen des Papstes und des Vatikans zur Lage der chinesischen Kirche und zu Men-

schenrechtsverletzungen in China vielfach kritisiert. „Der Vatikan gefährdet seine moralische Autorität, sollte er den Deal erneuern“, schrieb etwa US-Außenminister Mike Pompeo (im Wahlkampf stehend) am 19. September auf Twitter. Ed Condon weist darauf hin, dass es aber in der katholischen Kirche nicht an kritischen Stimmen zu China mangle, etwa den asiatischen Kardinälen Charles Bo von Yangon (siehe hierzu die Dokumentation) und Ignatius Suharyo von Jakarta; diese würden von den Chinesen nun verdächtigt, als „Ersatz“ für Rom zu handeln. Laut Vatikanberichterstatte Gerard O’Connell spricht die vatikanische Delegation bei Treffen mit der chinesischen Seite regelmäßig verschwundene Bischöfe und andere die Kirche betreffende Menschenrechtsverletzungen an, allerdings ohne Erfolg. Der Theologe Michel Chambon nannte es in einem Kommentar für UCAN ein Risiko, den Papst auf die Rolle eines universalen Moralzeugen zu reduzieren; der Heilige Stuhl konzentrierte sich in der komplexen Realität Chinas vielmehr auf seine Aufgabe, die Gemeinschaft der Bischöfe zu bewahren und die Einheit der Kirche wiederherzustellen.

Stimmen aus der chinesischen Kirche, die UCAN im September d.J. zitierte, waren im Vorfeld der Verlängerung ebenfalls gespalten. So sagte ein Katholik aus Nordchina, er habe ja einerseits Sympathien für Beziehungen zwischen China und dem Vatikan, doch aus Glaubenssicht hoffe er, dass das Abkommen nicht verlängert werde, denn für die Kirche in China habe es keine Vorteile, sondern es gebe mehr Repressionen. Ein Seminarist aus der Provinz Henan äußerte, wenn der Vatikan das Abkommen verlängere, verrate er die chinesische Kirche; er äußerte sich tief enttäuscht, dass Rom zur Unterdrückung der Kirche in Henan geschwiegen habe. Eine Katholikin aus Sichuan hoffte auf eine Verlängerung, denn es sei „immer besser, Kontakte und Gespräche zu haben, als keine“. Einer der starken Befürworter des Abkommens in der chinesischen Kirche, der Priester Paul Han, schrieb auf seinem WeChat Account, die chinesische Kirche sei von den 1950ern bis zu den 1980er Jahren ständig im Gefängnis gewesen; keiner solle ihr missgönnen, dass sie nun außerhalb des Gefängnisses etwas Freiheit erkämpfe und genieße, auch wenn es nicht die Art von Freiheit sei, die manche (im Ausland) sehen wollen.

Es bleibt offen, wohin die Entwicklung führt. In jedem Fall passt die Aufmunterung, die Weihbischof Guo seinen Gläubigen zum Abschied mitgegeben hat: Was auch passiert, oder welche Änderungen eintreten mögen – vergesst Gott nicht.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2020): americamagazine.org 15.09.; AsiaNews 19.08.; 11.09.; catholicnewsagency.com 23.07.; 27.08.; cna.com.tw 18.09.; facebook.com/UCANChina 18.08.; 22.09.; South China Morning Post 6.07.; UCAN 12.10.; vaticannews.va 29.09.; WeChat qingpingsiyu 14.09.; Zenit 14.09. Zu den erwähnten Bischofsweihen und -installationen vgl. China heute 2019, Nr. 1, S. 13-14; Nr. 3, S. 160 sowie die „Chronik“ in dieser Ausgabe.

Nachtrag bei Drucklegung: Am 22 Oktober 2020 gaben beide Seiten ihren Beschluss bekannt, das vorläufige Abkommen über Bischofsernennungen um zwei Jahre zu verlängern.

Glauben unter Prävention – die Wiederöffnung religiöser Stätten in China nach dem Corona-Lockdown

Ab 8. April 2020 wurde die strikte Reisesperre für die vom Virus schwer getroffene Stadt Wuhan aufgehoben. Die Tempel, Kirchen und Moscheen, die seit Ende Januar im ganzen Land geschlossen waren, mussten jedoch noch zwei weitere Monate oder länger auf ihre Wiederöffnung warten.

In der Zeit, in der die Einschränkungen im öffentlichen Leben nach der Eindämmung der Epidemie in China schrittweise aufgehoben wurden, die religiösen Stätten aber noch geschlossen waren, meldeten christliche Kirchen an verschiedenen Orten die Wiederaufnahme von Kreuzabrisen von Kirchtürmen und -dächern durch die örtlichen Behörden, die nun nicht mehr so stark durch die Pandemiebekämpfung gebunden waren. So wurden in der Provinz Anhui laut UCAN am 18. April von der Kirche Unsere Liebe Frau vom Rosenkranz in Hexian in der Stadt Ma’anshan, am 19. April von der katholischen Kirche im Bezirk Yongqiao der Stadt Suzhou und am 27. April von der protestantischen Kirche an der Suzhou-Straße in der Provinzhauptstadt Hefei die Kreuze zwangsentefernt. In Yongqiao passierte der Abriss um vier Uhr morgens, und in Hefei gelang er nicht auf Anhieb, weil der von den Behörden zunächst eingesetzte Kran nicht hoch genug war.

Am 30. Mai tagte die Gemeinsame Konferenz der nationalen religiösen Organisationen online. Wang Zuo’an, stellvertretender Leiter der Einheitsfrontabteilung der Partei und Direktor des Nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten, war zugegen. Ein Hauptthema war der Kampf gegen die Epidemie – der, wie die Versammlung befand, deutlich die Vorzüge des sozialistischen Systems chinesischer Prägung gezeigt habe – und die Wiederöffnung der Stätten für religiöse Aktivitäten. Die Versammlung erklärte, dass in Gebieten mit geringem Risiko unter der Voraussetzung, dass Präventions- und Kontrollmaßnahmen eingehalten werden, die Stätten für religiöse Aktivitäten in geordneter Weise sukzessive wieder geöffnet werden sollten. Lokale Behörden sollten entsprechend den Vorkehrungen der Erziehungsbehörden für die Öffnung allgemeiner Hochschulen auch nach und nach für die Wiederaufnahme des Unterrichts an religiösen Ausbildungsstätten sorgen. Die Versammlung forderte dazu auf, eine „patriotische Hygienekampagne“ durchzuführen und den Kampf gegen die Epidemie als wichtige Gelegenheit für patriotische Erziehung zu nutzen – so der offizielle Bericht der Einheitsfrontabteilung. Am 11. Juni erschien in der *Renmin zhengxie bao* ein Beitrag von Wang Zuo’an mit dem Titel „Im Kampf gegen die Epidemie den patriotischen Geist der Religionen Chinas in der neuen Zeit stählen“.

Am 2. Juni begann in den Provinzen Zhejiang und Sichuan sowie in Shanghai die Wiederöffnung religiöser und volksreligiöser Stätten – so die amtliche *Zhongguo minzu bao* am 9. Juni. In Zhejiang musste nach Vorschrift der

Provinzregierung jede Stätte bei ihrer Wiederöffnung die chinesische Flagge hissen und eine patriotische Lektion erteilen. Die Religionsbehörde der Provinz Sichuan verlautbarte, dass nicht notwendige kollektive religiöse Aktivitäten zu reduzieren seien, außerdem seien Teilnehmerzahl und Dauer zu verringern. Großangelegte Aktivitäten außerhalb religiöser Stätten und gebietsübergreifende Aktivitäten würden vorerst grundsätzlich nicht genehmigt. *Zhongguo minzu bao* meldete außerdem, dass in Lhasa seit 3. Juni Potala-Palast und Norbulinka wieder für Touristen und Gläubige geöffnet seien, der Jokhang-Tempel jedoch noch nicht. In getrennten Meldungen wurde für Guangxi die Öffnung ab 2. Juni, für Xiamen (Fujian) ab 15. Juni und für Meizhou (Guangdong) ab 29. Juni angegeben. Oft nennen die lokalen Berichte wichtige Tempel, die auch touristische Bedeutung haben, als erste Orte, die wieder zugänglich waren. In Xiamen wurde die tägliche Besucherzahl für den Nanputuo-Tempelkomplex auf 10.000 beschränkt.

Der 7. Juni 2020 war der erste Sonntag, an dem in den meisten Provinzen katholische Kirchen wieder für den Gottesdienst geöffnet waren – schrieb Grazia Teresa Xiao in einem am 8. Juni in *AsiaNews* veröffentlichten Beitrag. In der Provinz Shaanxi gab es bereits ab dem Pfingstwochenende (30. Mai) wieder Gottesdienste, danach öffneten die Kirchen nacheinander in Zhejiang, Shanghai, Beijing, Shanxi, Sichuan, Hebei usw. Etwa im gleichen Zeitraum wurden auch protestantische Kirchen im Land wieder geöffnet (siehe hierzu den Eintrag in der „Chronik“ dieser Nummer). Für den Zugang zur Kirche müssen die Gläubigen – so Xiaos Bericht – ihr Handy mit dem aktuellen Gesundheitsstatus vorzeigen, Temperatur messen, Maske tragen und einen Meter Abstand halten, die Kommunion mit der Hand empfangen, nach der Messe nicht in der Kirche zusammenstehen und nicht fotografieren. Weil die Teilnehmerzahl für die Gottesdienste beschränkt ist, wurde an vielen Orten, etwa in Shanghai, Wenzhou oder Beijing, die Zahl der Sonntagsmessen erhöht, um allen Gläubigen die Teilnahme zu ermöglichen.

Das Beispiel Shanghai zeigt, dass, auch wenn in einem Gebiet religiöse Stätten ab einem bestimmten Datum wieder öffnen durften, dies längst nicht die Öffnung aller Stätten bedeutete. Im Shanghaier Stadtbezirk Qingpu begann die Öffnung am 15. Juli, und zwar sukzessive in drei Gruppen; erst am 2. August waren alle 35 religiösen Stätten des Bezirks wieder in Betrieb – heißt es in einem Bericht der Shanghaier Religionsbehörde.

Eine anschauliche Schilderung gibt es vom ersten Tag des sechsten Mondmonats (21. Juli) im Shanghaier Stadtgotttempel – erstmals seit Wiederöffnung des Tempels Mitte Juli konnten Gläubige an diesem Tag das am Monatsersten fällige Weihrauchopfer darbringen. Der Tempel hatte ein Online-Reservierungssystem neu eingeführt, auf dem man Namen, Personalausweisnummer und Kontaktdaten angeben muss. Zhu Yiwen, eine Daoismusforscherin, die an diesem Tag als Freiwillige im Tempel diente, beschrieb

auf dem Portal *Sixth Tone*, dass sie bald von ratlosen Tempelgängern umringt war. Einige hatten ihren Personalausweis vergessen, andere besaßen kein Smartphone oder hatten es nicht dabei, wieder andere hatten kein Geld im digitalen Portemonnaie, oder sie hatten schlechte Augen und konnten den Text auf ihrem Handy nicht lesen. Ein paar regelmäßigen Tempelgängern blieb nichts übrig, als den Stadtgott vom Absperrzaun vor dem Tempel zu grüßen. Im sonst sehr vollen und lauten Tempel war es ungewöhnlich still, die Kniekissen waren weggeräumt. Zhu Yiwen beschrieb auch einen Gottesdienstbesuch in der (nach ihrer Angabe) seit 10. Juli wieder für Gläubige offenen Shanghaier Kathedrale in Xujiahui – dort durfte nur jeder zweite Platz in der Kirchenbank besetzt werden.

Die Freude, nach vier Monaten wieder „live“ am Gottesdienst teilnehmen zu können, war groß – doch nicht überall. Es gab viele Einschränkungen. Der Pfarrer einer großen katholischen Gemeinde in der Provinz Hebei sagte *UCAN* Mitte August, dass ihre Kirche 1.000 Personen fasse, doch jetzt dürften an jeder Messe nur 50 Personen teilnehmen. Auch wurde berichtet, dass die Behörden – etwa in Shenyang – nicht nur die Einhaltung der Präventionsmaßnahmen kontrollierten, sondern auch Minderjährige am Gottesdienstbesuch hinderten. Was katholische Gemeinden im Untergrund betrifft, so wurde gemeldet, dass manchenorts die Behörden Untergrundkirchen und -treffpunkte nach der Epidemiephase gar nicht mehr öffnen ließen – so etwa in Shenyang, wo, wie *UCAN* Mitte August berichtete, Untergrundpriester nur in den Häusern der Gläubigen Messe feiern konnten und diese aufriefen, die offiziellen Kirchen zu besuchen. Aus Nordchina und Anhui berichtete *UCAN* von zwei Untergrundgemeinden, deren Kirchen just am Feiertag Maria Himmelfahrt (15. August) unter dem Vorwand der Epidemiekontrolle wieder geschlossen wurden. *AsiaNews* meldete am 10. Juli, dass die lokale Einheitsfrontabteilung Untergrundbischof Jia Zhiguo von Zhengding (Provinz Hebei) den Vorschlag machte, die kirchlichen Aktivitäten nach der coronabedingten Schließung wieder aufnehmen zu dürfen, wenn er die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren verbiete. Der Bischof habe sich geweigert und gesagt, „die Kirche ist für alle offen“.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2020): *AsiaNews* 8.06.; 10.07.; chinacatholic.cn 31.05.; facebook.com/UCANChina 3.06.; 20.08.; facebook.com/UCANChina nach ccccn.org 29.04.; meizhou.cn 1.07.; mzb.com.cn 9.06.; mzw.gxzf.gov.cn 8.06.; mzzj.sh.gov.cn 20.08.; *Renmin zhengxie bao* 11.06. nach sara.gov.cn 14.06.; sixthtone.com 5.10.; taihainet.com 12.06.; *UCAN* 28.04.; 4.06.; 21.08.

Neue „Maßnahmen für die Verwaltung religiöser Organisationen“

Am 1. Februar 2020 trat eine wichtige neue religionspolitische Rechtsnorm, die „Maßnahmen für die Verwaltung religiöser Organisationen“ (宗教团体管理办法, im Folgenden kurz MVrO), in Kraft. Eine Übersetzung des Dokuments findet sich in der [Dokumentation](#) dieser Ausgabe.

Der rechtliche Kontext der neuen „Maßnahmen“

Die neuen MVrO sind eine Detailbestimmung zu den „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ (宗教事务条例, hinfort kurz VrA). Die VrA sind die grundlegende Verwaltungsrechtsnorm für den Umgang des Staates mit den Religionen in der Volksrepublik China. Seit 1. Februar 2018 ist eine deutlich restriktivere revidierte Fassung der VrA in Kraft. Sie stärkt unter anderem die Kompetenzen der „religiösen Organisationen“ – d.h. der staatlich sanktionierten Dachverbände der Religionen –, das religiöse Leben nach innen zu kontrollieren. § 8 VrA definiert die Funktionen der religiösen Organisationen; dazu gehört, „ein System von Regeln [für die religiösen Angelegenheiten der jeweiligen Religion] festzulegen und deren Durchführung zu überwachen“. Der ebenfalls neu eingefügte § 10 VrA legt fest, dass religiöse Ausbildungsstätten, Stätten für religiöse Aktivitäten und religiöses Personal „das von den religiösen Organisationen festgelegte System von Regeln einhalten [müssen]“.

Aus dieser Bestimmung in § 10 VrA „ergibt sich eine staatlich sanktionierte Kompetenz der religiösen Körperschaften [Organisationen], rechtsverbindliche Satzungen für religiöse Bildungsstätten, religiöse Einrichtungen und religiöses Lehrpersonal aufzustellen“, merkte Knut Benjamin Pißler vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg 2018 in der *Zeitschrift für chinesisches Recht* an. Da die religiösen Organisationen wiederum nicht eigenständig agieren können, sondern eng durch Partei und Staat (insbesondere durch die Einheitsfrontabteilung der Partei und das ihr unterstehende Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten [NBRA]) kontrolliert und „angeleitet“ werden, bedeutet der Ausbau ihrer Kompetenzen indirekt einen Ausbau der Macht der parteistaatlichen Aufsichtsbehörden über die Religionen. Dieser Mechanismus wird nun durch die neuen MVrO noch detaillierter festgeschrieben und ausgebaut.

Zum Inhalt der neuen „Maßnahmen“

§ 2 MVrO definieren die religiösen Organisationen als „freiwillige“ Zusammenschlüsse religiös gläubiger Bürger mit patriotischer Zielsetzung („Liebe zu Land und Religion“) und gleichzeitig als „Brücken und Bindeglieder“, durch die Partei und Regierung die religiösen Kreise und die religiös gläubigen Bürger zusammenschließen und sich

mit ihnen verbinden. Diese Definition macht deutlich, dass es sich bei den religiösen Organisationen um Organe im Sinn der Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei Chinas handelt.

Teile der neuen Rechtsnorm entsprechen dem, was bereits in den übergreifenden VrA oder in den Satzungen der offiziellen Organisationen der fünf Religionen festgelegt ist (beispielsweise in der „Satzung der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung“). Sie enthält aber auch deutlich darüber hinaus gehende Verschärfungen. So verpflichten die neuen Maßnahmen die religiösen Organisationen, den Kurs und die Politik der Partei unter Klerus und Gläubigen zu verbreiten (§ 17 MVrO), auch müssen sie „den Mechanismus für Belohnung und Bestrafung religiöser Amtsträger vervollständigen“ (§ 23 MVrO).

Neu ist auch die umfangreiche Auflistung der sehr weitreichenden Weisungsbefugnisse, die die Religionsbehörden der Volksregierungen gegenüber den religiösen Organisationen haben (§§ 25-27 MVrO). Dazu gehört die Beaufsichtigung der religiösen Organisationen bei der Formulierung eines Systems von Regeln – das, wie bereits gesagt, dann für die Ausbildungsstätten, Versammlungsstätten und Personal der jeweiligen Religion rechtsverbindlich ist. Genehmigung der Behörden muss eingeholt werden für die „Veranstaltung großer Versammlungen, Aktivitäten und Fortbildungen sowie Durchführung von Austauschaktivitäten mit dem Ausland“.

Die MVrO wurden vom NBRA verabschiedet und am 20. November 2019 als Verordnung Nr. 13 des NBRA veröffentlicht. Für ihre Auslegung ist das NBRA zuständig.

Die „Durchführungsmaßnahmen für die Registrierung und Verwaltung religiöser gesellschaftlicher Organisationen“ von 1991

Nachdem die erste Version der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ 2005 in Kraft getreten war, veröffentlichte das NBRA in der Folgezeit Detailbestimmungen für die verschiedenen religiösen Akteure (Stätten für religiöse Aktivitäten, religiöse Amtsträger, religiöse Ausbildungsstätten) – nicht jedoch für die religiösen Organisationen. Laut Ying Fuk-tsang vom Chung Chi College an der Chinese University of Hong Kong gab es bis zu den MVrO nur eine einzige Rechtsnorm speziell für die Verwaltung religiöser Organisationen: die am 6. Mai 1991 gemeinsam vom NBRA und vom Ministerium für zivile Angelegenheiten erlassenen „Durchführungsmaßnahmen für die Registrierung und Verwaltung religiöser gesellschaftlicher Organisationen“ (宗教社会团体登记管理实施办法). Dieses Dokument von 1991 scheint weiterhin zu gelten, jedenfalls findet es sich derzeit mit dem Status „gültig“ in der Rechtsdatenbank der Peking University und erscheint nach wie vor auf Websites lokaler Religionsbehörden. Zwei Punkte aus dem nur 11 Paragraphen langen Dokument sollen hier erwähnt werden:

Für katholische Diözesen gibt es eine Sonderregelung in § 3 Abs. 3 der „Durchführungsmaßnahmen“; dort heißt es: „Katholische Diözesen müssen, nach Überprüfung und Zustimmung der Behörde für religiöse Angelegenheiten der Provinz, in der sich das Verwaltungsorgan [*banshi jigou* 办事机构] der betreffenden Diözese befindet, bei der Behörde für Zivilverwaltung der Provinz die Registrierung beantragen und von der Behörde für religiöse Angelegenheiten der Provinz dem Büro für religiöse Angelegenheiten des Staatsrats zur Akteneintragung gemeldet werden.“ (Was mit *banshi jigou* hier gemeint ist, geht aus dem Dokument nicht hervor.)

§ 7 der „Durchführungsmaßnahmen“ von 1991 lautet: „In ein- und demselben Verwaltungsgebiet dürfen nicht mehrfach gleiche oder ähnliche religiöse gesellschaftliche Organisationen gegründet werden.“ Das bedeutet, dass es pro Religion und staatlicher Verwaltungseinheit jeweils nur eine religiöse Organisation geben darf, die damit eine Monopolstellung erhält. Diese Regelung kommt in den MVRo nicht vor. Da sie sich jedoch in den „Durchführungsbestimmungen“ von 1991 und ähnlich in den „Vorschriften für die Registrierung und Verwaltung gesellschaftlicher Körperschaften“ von 2016 findet, ist, so Ying Fuk-tsang, „die Gründung anderer religiöser Organisationen als der patriotischen religiösen Organisationen weiterhin verboten“.

Nach wie wird in der Volkrepublik China religiöser Glaube oft jenseits der staatlich sanktionierten Organisationen in nicht registrierten inoffiziellen Gemeinschaften oder semioffiziellen „Grauzonen“ praktiziert. Auch in den registrierten Gemeinschaften gibt es echte Religionsausübung, bewahrt man sich Freiräume für das Glaubensleben. Doch der Zugriff des Parteistaates auf das religiöse Leben und der Druck auf Untergrund und Grauzonen hat sich seit der Verabschiedung der VrA definitiv verstärkt. Die MVRo sind ein weiterer Baustein dazu.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen: UCAN 12.09.2019 (englische und chinesische Version; der Beitrag enthält Kommentare, die Ying Fuk-tsang gegenüber UCAN zu dem Entwurf der MVRo machte, welcher am 27.08.2019 zur Einholung von Meinungen veröffentlicht wurde).

Dokumente: „Maßnahmen für die Verwaltung religiöser Organisationen“, chin. unter www.sara.gov.cn/bmgz/322211.jhtml. „Durchführungsmaßnahmen für die Registrierung und Verwaltung religiöser gesellschaftlicher Organisationen“, chin. unter <https://baike.baidu.com/item/宗教社会团体登记管理实施办法/3237975> sowie http://pkulaw.cn/fulltext_form.aspx?Db=c hl&Gid=7c08aa79b90f3cc4bdfb (Rechtsdatenbank der Peking University, die die Rechtsnorm als gültig bezeichnet; Aufruf 1.10.2020). „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“, chin. unter www.sara.gov.cn/flfg/316122.jhtml, dt. Übersetzung in *China heute* 2017, Nr. 3, S. 160-172, mit Hinweisen dazu ebd., S. 140-143; andere Übersetzung der VrA von Benjamin Julius Groth mit Anmerkungen von Knut Benjamin Pißler mit dem Titel „Verordnung über religiöse Angelegenheiten“ in: *Zeitschrift für chinesisches Recht* 2018, Nr. 4, S. 340-359; hier zitiert Anm. 13. „Satzung der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung“ (中国天主教爱国会章程), deutsche Übersetzung in *China heute* 2017, Nr. 2, S. 86-92.

70 Jahre Drei-Selbst-Bewegung

Bericht von Du Peng 杜鹏 auf der offiziellen Website des Chinesischen Christenrats und der Drei-Selbst-Bewegung

Am 23. September versammelte sich die Führungsriege von protestantischem Chinesischem Christenrat und Nationalem Komitee der Drei-Selbst-Bewegung der protestantischen Kirchen in China zu einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Drei-Selbst-Bewegung in einem Hotel in Shanghai.

Vor genau 70 Jahren, am 23. September 1950, veröffentlichte die Staatszeitung *Renmin ribao* den gesamten Text des „christlichen Manifestes“, das Wu Yaozong gemeinsam mit 40 anderen Persönlichkeiten in Leitungspositionen der protestantischen Kirchen verfasst hatte. Dieses Ereignis markierte den Beginn einer Entwicklung der chinesischen Kirche auf eine in dreifacher Hinsicht selbstständige Weise: durch eigene Organisationsstruktur, finanzielle Unabhängigkeit und selbstständige Verkündigung.

Unter den geladenen Gästen waren Pastor Gao Feng und Pastorin Cao Shengjie als ehemalige Präsidenten, Vertreterinnen und Vertreter theologischer Seminare, Jugenddelegierte, Repräsentantinnen und Repräsentanten des CVJM sowie der Direktor der Religionsbehörde und Vizeminister der Einheitsfrontabteilung, Wang Zuo'an. Auch der stellvertretende Leiter der Shanghaier Einheitsfrontabteilung, Wang Xiaohan, und andere einflussreiche Persönlichkeiten wie Prof. Xu Yihua waren zugegen.

Um 9 Uhr begann die Feier mit dem Abspielen der chinesischen Nationalhymne. Pastor Wu Wei, Präsident des Chinesischen Christenrates, sprach einführende Worte. Pastor Xu Xiaohong, amtierender Generalsekretär der Drei-Selbst-Bewegung, verwies in seinem Eingangsbericht auf den Erfolg der Organisation, im Verlauf von 70 Jahren das westliche Erscheinungsbild des Christentums abgelegt zu haben. Er legte dar, dass alle lokalen Büros der Drei-Selbst-Bewegung sich um die Umsetzung der Vorschriften für religiöse Angelegenheiten bemühten und fortgesetzt der Zielsetzung folgten, chinesisches Christentum und sozialistische Gesellschaft miteinander in Einklang zu bringen.

Alterspräsidentin Cao Shengjie bezeichnete in einem Grußwort die Drei-Selbst-Bewegung als Brücke zwischen Regierung und Gläubigen. Als Vertreter der Studierenden des nationalen theologischen Seminars in Nanjing sprach Zhu Yuehan von der großen Bedeutung der Bewegung als historischer Vorreiter für die Welt, den Einfluss des Imperialismus im Christentum abzuschütteln. Prof. Xu Yihua repräsentierte die Akademiker. Er ergänzte in einem dritten Redebeitrag die einmalige Pionierleistung der Drei-Selbst-Bewegung, Christen einen Weg zu weisen, der mit der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft einhergehe. Eine Öffnung nach außen sei gut, wenn sie in korrekter Weise erfolge.

Im Vorfeld der Veranstaltung moderierte Pastor Wen Ge als einer der stellvertretenden Generalsekretäre des Christenrates eine Andacht. Pastorin Xu Yulan, Vorsitzende der Shanghaier Drei-Selbst-Bewegung, legte das Damaskuserlebnis von Paulus, Apg 26,19f., als Mahnung aus, die ursprüngliche Intention nicht zu vergessen, nämlich in Liebe und Vertrauen auf Gott die Kirche gut aufzubauen. In diesem Sinne sei die Intention von Drei-Selbst zu verstehen.

Gekürzte Übersetzung: Isabel Friemann

Quelle: www.ccctspm.org/newsinfo/13698.

Taiwan: Matsu trotz Corona

Über 55.000 Pilgerinnen und Pilger zeigten vor der Corona-Pandemie keine Furcht und nahmen mit Mundschutz ab 5. Juli 2020 an der 80 km südlich von Taipei im Gongtian-Tempel in Baishatun, Kreis Miaoli, startenden, zeitlich verschobenen neuntägigen Wallfahrt zur Ehre der Göttin Matsu teil. Matsu ist eine der populärsten Gottheiten Taiwans und Patronin der Fischer.

Einige Rituale, wie das Durchkriechen der Pilgernden unter dem Matsu-Baldachin sowie das Austauschen von Blumen mit der Göttin, wurden dieses Jahr ausgesetzt. Auch sollten wegen des Abstandes von 1,5 Metern die Pilger am ersten Tag nicht den Tempel betreten. Viele hielten sich allerdings nicht an die Corona-Vorschriften. Die 200 km lange Fußwallfahrt, die seit über 200 Jahren abgehalten wird, ist eine der größten religiösen Prozessionen in Taiwan. Sie führt zum Chaotian-Tempel in Beigang, Kreis Yunlin, und wieder zurück zum Gongtian-Tempel. Entlang der Route verteilten Gläubige Essen und Getränke, Schmerzmittel und Talismane – alles „Geschenke von Matsu“. Die „Wonderful Hi-Tech Corporation“ spendete 300.000 Gesichtsmasken.

Trotz der Pandemie nahmen 5.000 Personen mehr teil als im vergangenen Jahr. „Immer mehr Menschen interessieren sich für die Geschichte Taiwans und seine Volksreligion“, so Hung Jian-hua vom Gongtian-Tempel gegenüber der *Taipei Times*.

Willi Boehi

Quelle: *Taipei Times* 16.07.2020.

Taiwan: Bürgergruppen fordern ein Ende der Wettbewerbe mit „Gottesschweinen“

Die Praxis der Wettbewerbe um die dicksten „Gottesschweine“ (*shenzhu* 神豬) spielt in Taiwans Volksreligion zwar nur noch eine sehr kleine Rolle, wird aber nach wie vor in einigen Tempeln praktiziert. Als Mitglied der Legislative von der Democratic Progressive Party (DPP) warb Rosalia Wu in einer Pressekonferenz vom 27. August 2020 für das Wohl der Tiere und wandte sich gegen die langjährigen Subventionen für die betroffenen Züchter. Sie forderte eine strikte Durchsetzung von Strafen gegen diese Praxis. Nach Statistiken des Council of Agriculture vom vergangenen Jahr gibt es in Taiwan nur noch 7 Züchter von Gottesschweinen und die Zahl der betroffenen Tiere sei auf 34 gefallen. Nachforschungen ergaben jedoch, dass letztes Jahr allein beim Yimin-Festival im Kreis Hsinchu 31 Schweine zum Wettbewerb um den Titel des schwersten Tieres antraten, wovon 20 über 600 kg wogen. Darüber hinaus hielten inselweit 35 Tempel Wettbewerbe mit mindestens 270 Tieren ab.

Die Tiere werden gewöhnlich von privaten Züchtern in Käfigen gehalten und zwangsgemästet, damit sie ein entsprechendes Gewicht erlangen. Über längere Zeit gewinnen sie so viel an Gewicht, dass sie sich nicht mehr ohne fremde Hilfe bewegen können. Bis das Zehnfache ihres normalen Körpergewichtes können sie so erreichen. Nach der Kür des gewichtigsten Tieres wird dieses an Ort und Stelle geschlachtet. Wu stellte gegenüber der *Taipei Times* vom 12. September 2020 fest, dass die Verehrung der Götter und die unmenschliche Behandlung von Tieren zwei ganz unterschiedliche Dinge seien. Die Gläubigen sollten sich von den Haltern von Gottesschweinen fernhalten, die mit illegalen Mitteln des Missbrauchs von Tieren wirtschaftliche Gewinne erzielen. – Übrigens kam dieser unsinnige Brauch, dem seitens der Tierschützer immer größerer Widerstand entgegengebracht wird, erst Anfang des 20. Jahrhunderts unter der kolonialen Besatzung durch Japan (1895–1945) auf. In den 1980er und 1990er Jahren nahm er dann allerdings kolossale Formen an.

Willi Boehi

Quellen: *Asienspiegel* 20.02.2013; *Taipei Times* 12.09.2020; *Die Welt* 7.02.2014.

Konferenzen

„Theologisches Kolloquium zum hundert-jährigen Jubiläum von *Maximum illud* – Verkündigung, Sakrament und christliches Zeugnis in der *missio ad gentes* in Asien“ in Macau

Im Jahr 2019 jährte sich zum hundertsten Mal das Erscheinen der Enzyklika *Maximum illud*, die die „Entkolonialisierung“ der Missionsarbeit auch in Asien und China forderte (siehe hierzu den Beitrag von Karl Josef Rivinius SVD, „Vor 100 Jahren: China und der Versailler Friedensvertrag von 1919“, in: *China heute* 2018, Nr. 4, S. 243-249). Das kleine Kolloquium, das aus diesem Anlass vom 2. bis 7. Dezember 2019 in Macau stattfand, war geplant von der Päpstlichen Missionsunion, und zwar mit dem Ziel, mehr Kontakt zu den aktuellen Ereignissen und Personen vor Ort zu bekommen, wie der Vertreter der Missionsunion, P. Fabrizio Meroni PIME, erklärte. Das Kolloquium war gedacht für die Region Ostasien, deswegen waren Experten aus dieser Region geladen: P. Gianni Criveller PIME, ein Historiker, der lange in Hongkong gearbeitet hat; die Salesianerin Sr. Ko Ha Fong, FMA, eine Macanesin, die in Deutschland promoviert hat; P. Philip So Reh OP, ein junger Priester aus Myanmar; P. Antoni Ucerler SJ, Direktor des Ricci Institute in San Francisco, ein Experte für die Geschichte Japans; P. Antonio Pernia SVD, der ehemalige Generalsuperior der Steyler Missionare, jetzt Missiologe in den Philippinen; P. Carolus Kusmaryanto MSC, ein Priester der Missionare des Heiligen Herzens Jesu aus Indonesien; P. Edmond Eh OP, ein Theologieprofessor aus Singapur; P. Martin Bai OP, ein Dominikaner aus Hebei, China, der in den Philippinen Philosophie studiert; und Prof. Leopold Leeb, Lateinlehrer in Peking. Leider konnten einige weitere Teilnehmer nicht wie geplant zur Konferenz kommen, darunter die beiden Priester Zhao Jianmin und Wang Zhanbo aus Peking.

Die Konferenz begann mit einer Tour durch Macau, dem Besuch eines der drei Gelände der katholischen Universität (University of Saint Joseph) und einer kleinen Wallfahrt zu den alten Kirchen auf den Inseln Taipa und Coloane.

Der wissenschaftliche Teil wurde im alten Bibliotheks-saal des Seminars des Heiligen Josef (Seminário de São José) gehalten. Er bestand aus Vorträgen zu verschiedenen Themen: P. Criveller gab einen Rückblick auf den Ritenstreit in China und den alten Wunsch der Propaganda Fide, mehr chinesische Priester und auch einheimische Bischöfe einzusetzen. P. Martin Bai sprach zum Missionsverständnis bei Thomas von Aquin, und Sr. Maria Ko erläuterte das Verständnis und die Verbreitung der Bibel in Asien; für Asiaten sei die bilderreiche Sprache der heiligen Schrift besonders nahe und gut verständlich, und man würde jetzt

die ursprüngliche Nähe der Bibel zu Asien „wiederentdecken“, denn Jesus sei ja ein Asiate gewesen.

P. Philip So Reh gab einen sehr ermutigenden Vortrag über die Diözese Loikaw, eine Region in Myanmar, wo ursprünglich verfeindete Volksstämme durch den gemeinsamen Glauben zu einem friedlichen Miteinander gefunden haben. Es scheint, dass die Kirche in diesen Regionen in dem Milieu von armen und unterdrückten Minderheiteneθνien aufblühen kann.

Prof. Leopold Leeb sprach zum historischen Hintergrund des Fremdsprachenerwerbs und der Mehrsprachigkeit in China. Das Erlernen von Fremdsprachen ist bis heute im Theologiestudium eine schwere Hürde für viele Chinesen. Prof. Leeb unterrichtet seit mehr als 15 Jahren die klassischen theologischen Sprachen (Hebräisch, Griechisch, Latein) in Peking.

P. Antoni Ucerler präsentierte den Hintergrund der Adoptionsversuche der Jesuiten in Japan und die Anstrengungen der portugiesischen Missionare, westliche Theologie nach Japan zu übertragen: so kamen Aristoteles und Thomas von Aquin nach Japan. P. Ucerler hatte wenige Tage vor der Konferenz die Ehre, Papst Franziskus bei dessen Besuch in der Residenz der Jesuiten in Nagasaki zu empfangen. Er berichtete auch von seinen Gesprächen mit buddhistischen Mönchen, die sehr offen für Dialog seien. Sogar mit einem Nachfahren des Tokugawa-Generals, der vor 400 Jahren die Christen verfolgt, konnte er ein freundschaftliches Gespräch führen. Das gemeinsame historische Interesse baut unerwartete Brücken.

In seinem Vortrag zur Missionsgeschichte und der jetzigen Situation Indonesiens stellte P. Kusmaryanto die aktuelle Lage der Kirche vor. P. Kusmaryanto ist Bioethiker, und in seinem Unterricht übersetzt er christliche Ethik in eine allgemein akzeptierte Sprache – anstatt von Bibelzitaten und Papstworten zitiert er Kant und argumentiert mit dem Naturrecht. Wenn auch nur drei Prozent der Indonesier Katholiken und sieben Prozent evangelische Christen sind, so gibt es doch Hoffnung für die christlichen Kirchen. Vor allem seit dem Zweiten Vatikanum sind viele Laien in Indonesien in der Kirche engagiert, als Katechisten und Lehrer. Einige katholische Schulen mussten aus Schülermangel aber leider geschlossen werden.

Die Schwäche („powerlessness“) der Kirche in Asien kam beim Vortrag von P. Pernia zur Sprache. Die Kirche agiere aus einer Position der Bescheidenheit und suche weder politische noch kulturelle Macht. Das sei ein großer Unterschied zur Vergangenheit, in der Kolonialismus und Imperialismus auch das kirchliche Leben beeinflusst haben. Armut, kulturelle Vielfalt, Pluralität der Religionen, die ökologische Krise, aber auch Klerikalismus und Machtstreben der Priester seien die großen Herausforderungen der Kirchen in Asien.

Ein Abendessen mit dem Bischof von Macau, Stephen Lee Bun-sang, und ein zweites Abendessen mit Prof. Peter Stilwell, Rektor der St. Joseph University, brachten Teil-

nehmer und Gastgeber einander näher. Sicher war dieses Kolloquium im kleinen Kreis sehr bereichernd für alle Teilnehmer.

Leo Leeb

In memoriam

P. Giancarlo Politi PIME (1942–2019)

Am 23. Dezember 2019 verstarb in Lecco, Italien, im Alter von 77 Jahren der frühere Hongkong-Missionar Giancarlo Politi.

P. Politi wurde am 19. März 1942 in Abbiategrosso, Mailand, geboren und trat 1961 dem Päpstlichen Institut für die auswärtigen Missionen PIME bei. Am 28. Juni 1966 wurde er in Mailand von Kardinal Giovanni Colombo zum Priester geweiht. 1969 erwarb P. Politi das Lizentiat in Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Seine anfängliche Missionsbestimmung war Indien, da er dort jedoch keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung bekommen konnte, siedelte er nach Hongkong über, wo er mehrere Jahre als Kaplan in Tsuen Wan arbeitete. Von 1977 bis 1981 arbeitete er im Auftrag des Ordens in Mailand als Vizerektor und Administrator des Missionarischen Zentrums. Nach seiner Rückkehr nach Hongkong 1981 fungierte P. Politi als Pfarrer in Yuen Long in den New Territories, wurde jedoch 1986 von seinem Generaloberen zum Direktor des Hongkonger Pressebüros und der Zeitschrift *Asia-News* ernannt. In den folgenden Jahren machte er – quasi als Pionier – viele Besuche bei der Kirche in China und baute ein großes Netzwerk an Beziehungen auf. Wie sein Mitbruder, P. Gianni Criveller PIME, am 24. Januar 2020

für den *Sunday Examiner* in Hongkong schrieb, konnte P. Politi so die in China noch lebenden Bischöfe und deren apostolische Sukzession genauestens rekonstruieren. „Auf diese Weise war der Heilige Stuhl informiert und konnte wichtige pastorale und kirchenrechtliche Entscheidungen über die spezielle Situation der katholischen Hierarchie in China treffen.“

1993 kehrte P. Politi auf Bitten des Ordens erneut nach Mailand zurück, diesmal als Direktor des Missionarischen Zentrums. Von 1993 bis 2001 gab er auch die ordenseigene Zeitschrift *Mondo e Missione* heraus. 2001 holte ihn die päpstliche Kongregation für die Glaubensverbreitung „Propaganda Fide“ als Chinaexperte in das Dekasterium, wo er bis 2003 arbeitete. Anschließend wurde er geistlicher Direktor am theologischen Seminar von PIME in Monza und von 2012 bis 2014 war P. Politi rechtlicher Vertreter von PIME in Italien. Im September 2006 organisierte er in Triuggio bei Mailand das 7. Europäische Katholische China-Kolloquium „25 Years of Encounters with the Church in China. An Evaluation, Looking to the Future“. Auch bei vielen anderen Kolloquien in dieser Reihe war er aktiver Teilnehmer, zuletzt 2015 beim 9. Europäischen Katholischen China-Kolloquium in Warschau, damals schon leicht beeinträchtigt durch seine beginnende Krankheit.

Viele Jahre unterstützte P. Politi das Ausbildungsprogramm für chinesische Seminaristen, Priester und Schwestern, die in Europa – seinerseits vor allem in Rom – studierten.

In der Festschrift für P. Angelo S. Lazzarotto PIME, *Light a Candle. Encounters and Friendship with China* (hrsg. von Roman Malek SVD und Gianni Criveller PIME, Sankt Augustin – Nettetal 2010), gab P. Politi eine Liste mit allen chinesischen Bischöfen von 1674 bis 2009 heraus, ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche in China. P. Politi publizierte viele weitere Artikel und Bücher, z.B. zu den chinesischen Märtyrern (*Martiri in Cina. Noi non possiamo tacere*, Bologna: Editrice Missionara Ita-



Links: P. Politi mit jungen Katholiken in Hongkong 1989. Rechts: Begegnung mit Papst Johannes Paul II. in Rom am 8. Juli 1995. Fotos: Persönliches Archiv von Gianni Criveller.

liana 1998; deutsche Übersetzung in *China heute* als Fortsetzungsreihe: 2000, S. 27-35, 104-106, 163-167, 209-213; 2001, S. 45-48; 111-113; 167-171; 2002, S. 43-46, 79-81; 2003; 111-114, 117-120, 244-248; 2005, S. 114-116, 178-182; 2006, S. 183-186).

P. Politis Leben war in den letzten Jahren von der Alzheimer-Krankheit gezeichnet. Aus diesem Grund siedelte er 2017 in das Altersheim der Missionsgesellschaft in Rancio di Lecco über. In einem bewegenden Interview mit der Alzheimer-Gesellschaft Italiens sagte er 2016: „Auch in der Krankheit bleibt ihr Väter, Mütter, Brüder und Schwestern. Weint nicht über euch. Die Medizin ist nur ein Teil des Lebens. Was zählt, ist die Schönheit der Existenz.“

P. Politi wurde an Heiligabend auf dem Friedhof der PIME-Missionare in Villa Grugana / Rancio di Lecco beigesetzt. Durch einen einzigartigen „Zufall“ starb wenige Stunden nach seinem Tod in Abbiategrosso auch die Schwester von P. Politi.

Wir im China-Zentrum kannten P. Politi über viele Jahre hinweg als leidenschaftlichen Missionar, großartigen Autor und vielseitigen Initiator sowie als stets interessierten, humorvollen Gesprächspartner. Wir sind dankbar, dass wir mit ihm ein Stück des Weges im Dienst und der Sorge, aber auch der Freude über die chinesischen Brüder und Schwestern gehen konnten. R.i.P.

Katharina Feith

Quellen (2020): *AsiaNews* 23.12.; examiner.org.hk 24.01.; pime.org 23.12.

Begründer von *UCANews*: P. Robert F. Astorino MM (1943–2020)

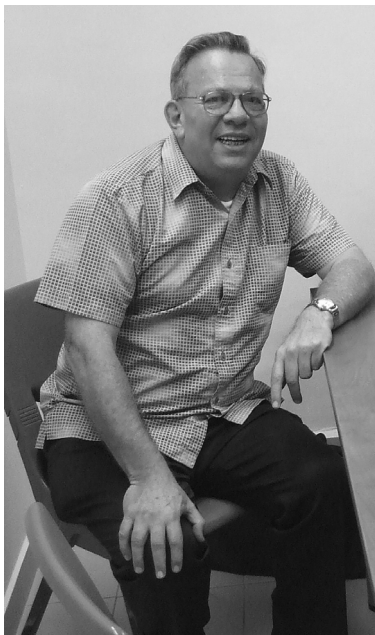


Foto: Christopher Khoo, Singapur 2012.

Am 25. Juni 2020 starb in einer Klinik im Staat New York im Alter von 77 Jahren Bob Astorino, der Gründer und langjährige Geschäftsführer der katholischen asiatischen Nachrichtenagentur *UCANews*.

P. Astorino wurde am 27. Mai 1943 in den Bronx in New York geboren und trat 1961 bei den Maryknoll Missionaren ein. 1970 wurde er zum Priester geweiht. Er erwarb zugleich Abschlüsse in Soziolo-

gie von der Fordham University und in Journalismus von der Columbia University.

1971 wurde P. Astorino nach Hongkong entsandt, wo er nach Kantonesisch-Sprachstudien zunächst in ein Forschungsprojekt über die Situation von Jugendlichen involviert war. Viele waren Kinder von Flüchtlingen aus Festlandchina. Von 1974 an arbeitete P. Astorino im Kommunikationsbereich in Hongkong wie auch in ganz Asien. Er war involviert in die Gründung des Hong Kong Catholic Social Communications Office, dessen stellvertretender Direktor er einige Jahre lang war, und hatte verschiedene Positionen in den Asienabteilungen einer Reihe von internationalen katholischen Medieneinrichtungen inne, darunter die East Asia Catholic Press Association. P. Astorino unterrichtete von 1975 bis 1977 zudem journalistisches Schreiben an der Chinese University of Hong Kong.

1979 begründete er *UCANews* (*Union of Catholic Asian News*, kurz auch *UCAN*) in der Überzeugung, dass die Kirchen in Asien mit der Welt durch asiatische Journalisten und mit Ausgaben in verschiedenen Sprachen Asiens kommunizieren müssten. Heute hat *UCANews* 14 Büros in 22 asiatischen Ländern und ist Asiens größter katholischer Nachrichtendienst. P. Astorino war 30 Jahre lang Generalsekretär von *UCANews*. In dieser Zeit widmete er sehr viel Zeit und Energie der Ausbildung von journalistischen Mitarbeitern bei *UCANews* und anderen kirchlichen Kommunikationsdiensten in ganz Asien. Ende der 1990er Jahre zogen die Zentralbüros von Hongkong nach Bangkok um. Einige Jahre lang war P. Astorino auch Berater beim Päpstlichen Rat für die Sozialen Kommunikationsmittel.

P. Astorino kehrte 2019 in die USA zurück und lebte am Zentrum der Maryknoller Missionsgesellschaft nahe New York. R.i.P.

Katharina Feith

Quellen (2020): *AsiaNews* 26.06.2020; *UCAN* 26.06.2020; <https://maryknollmissionarchives.org/deceased-fathers-bro/father-robert-f-astorino-mm/>.

P. Ludwig Wiedenmann SJ (1928–2020)



Foto: @SJ-Bild.

Im Alter von 91 Jahren verstarb am 25. April 2020 in einem Altenheim in Unterhaching der Jesuit Pater Ludwig Wiedenmann SJ.

Ludwig Wiedenmann wurde am 27. Juli 1928 in Regensburg geboren und trat nach seinem Abitur am Kolleg St.

Blasien 1948 in das Noviziat des Jesuitenordens in Pullach ein. 1956 wurde er in St. Michael in München zum Priester geweiht. Nach einem Aufbaustudium in Missionswissenschaft wurde P. Wiedenmann 1962 an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom promoviert.

Seit 1961 arbeitete P. Wiedenmann bei der Zeitschrift *Die Katholischen Missionen* in Bonn mit, von 1969 bis 1998 als deren Chefredakteur. Außerdem war er Mitglied in vielen missionswissenschaftlichen Gremien und Fachberater für die 3., völlig neu bearbeitete Auflage des *Lexikons für Theologie und Kirche (LThK)*. Von 1979 bis 1988 war P. Wiedenmann zudem Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts missio in Aachen.

Beginnend mit den Anfangsjahren seit seiner Gründung 1988 hielt P. Wiedenmann enge Kontakte zum China-Zentrum. Er thematisierte in *Die Katholischen Missionen* immer wieder die Situation der katholischen Kirche in der Volksrepublik China, aber auch Hongkong, Macau und Taiwan – wohin er selbst reiste – blieben nicht unerwähnt. Auch zeigte P. Wiedenmann großes Interesse an Begegnungen mit chinesischen Bischöfen, Priestern, Ordensschwestern und Laien, die das China-Zentrum besuchten. So kam es zu einem regen Austausch. Vor seinem Wegzug nach Nürnberg überließ P. Wiedenmann der Bibliothek des Instituts

Monumenta Serica in Sankt Augustin einige chinesische Bücher sowie ein wertvolles Original-Holzrelief einer Darstellung der Muttergottes von Sheshan/Shanghai, vermutlich aus der späten Qing- oder frühen Republikzeit. Wahrscheinlich stammt es aus den Künstler-Werkstätten der Jesuiten von Tushanwan (T'ou-Sè-Wè) bei Shanghai und war in einer ehemaligen Sammlung der Jesuiten in Bonn („Missionsmuseum“) untergebracht.

Seit 1998 arbeitete P. Wiedenmann in der Jesuitenmission in Nürnberg und der Redaktion der Zeitschrift *jesuiten weltweit*, „in der für ihn so typischen Bescheidenheit, Freundlichkeit und Ausdauer“, wie es in einem Nachruf der Jesuitengemeinschaft heißt. 2016 zog er nach 55-jähriger missionswissenschaftlicher und publizistischer Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen in die Seniorengemeinschaft der Jesuiten nach Unterhaching. P. Wiedenmann war einer von sechs Jesuiten, die im April/Mai innerhalb von vier Wochen in Unterhaching an COVID-19 verstarben. Im China-Zentrum werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. R.i.P.

Katharina Feith

Quelle: www.jesuiten.org/news/pater-ludwig-wiedenmann-sj-verstorben, 26. April 2020.

Chronik zu Religion und Kirche in China 3. Mai bis 4. Oktober 2020

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums (www.china-zentrum.de). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2020, Nr. 1, S. 13-21) reichte bis einschließlich 18. April 2020.

Politik, Gesellschaft, Menschenrechte

30. August 2020:
Trotz geringerer Jobmöglichkeiten wegen COVID-19 bleiben chinesische Migranten in den Städten
Nach einer am 30. August veröffentlichten Studie des Beijing Social Work Development Centre for Facilitators möchten 63%

von Chinas 290 Millionen Wanderarbeitern in den Städten bleiben, auch wenn sich wegen Corona die Arbeitsmöglichkeiten dort verschlechtert haben. Als Grund gaben sie die noch schlechteren Verdienstmöglichkeiten auf dem Land an. Das durchschnittliche Monatseinkommen lag laut dem Nationalen Statistikbüro 2018 auf dem Land bei ca. 1.000 Yuan, wohingegen ein Arbeitsmigrant in der Stadt ca. 3.700 Yuan verdienen konnte. – 58,84% meinten der Studie nach zudem, sie blieben auf jeden Fall in der Stadt wegen besserer Bildungschancen für ihre Kinder. Die Wanderarbeiter vom Land sind die Gruppe, die am meisten von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind. Auch wenn viele von ihnen schon seit Jahren in den Städten leben, haben sie nur beschränkten Zugang zum Gesundheitswesen und den Schulen, da sie in der Regel weiterhin in ihren Ursprungsdörfern registriert sind. – Die Ergebnisse der Studie unterscheiden sich von Daten, die vom Staatsfernsehen (CGTN China Global Television Network) gesendet wurden. Danach sollen Ende Juli

die Provinzregierungen 13 Mio. neue Jobs für Wanderarbeiter, die aus den Städten zurückkehren, geschaffen haben. Am 8. August berichtete das Ministerium für Humanressourcen und soziale Sicherheit, dass Ende Juni 178 Mio. Wanderarbeiter in den Städten lebten, dies entsprechen 97,3% der Zahl im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres (*AsiaNews* 2.09.).

30. August 2020:
Menschenrechtsorganisation: Zwischen 2013 und 2020 fast 30.000 Personen im „Überwachten Wohnen an einem zugewiesenen Ort“ inhaftiert

Das „Überwachte Wohnen an einem zugewiesenen Ort“ (指定居所监视居住, Residential Surveillance in a Designated Location, RSDL) ist eine seit 2013 bestehende Sonderform der Untersuchungshaft. Sie ist nach dem Strafprozessgesetz (§ 75) für Verdächtige vorgesehen, wenn die Verbrechen die nationale Sicherheit oder Terrorakte betreffen. Wie die Organisation Safeguard Defenders (SD) in ihrer am 30. August 2020 veröffentlichten Studie *Rampant Repression*

schreibt, gibt RSDL der Polizei die Möglichkeit, Personen ohne Gerichtsbeschluss bis zu sechs Monaten *incommunicado* an geheimen Orten außerhalb von regulären Haftanstalten festzuhalten. Dabei könne den Angehörigen, bei Ausländern der Regierung des betreffenden Landes, Auskunft über den Aufenthaltsort verweigert werden. Diese Fälle seien als „erzwungenes Verschwinden“ zu bewerten, so SD. Auch könne der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert werden, was häufig geschehe. Die SD-Studie kommt, unter Benutzung von chinesischen Gerichtsurteils-Datenbanken, auf 29.110 Personen, die zwischen 2013 und 2020 zeitweise in RSDL inhaftiert waren, mit deutlich steigender Tendenz. Die tatsächliche Fallzahl liege sicher höher, da in den Datenbanken nur Fälle erfasst sind, in denen es später zu einem Gerichtsurteil kam. Laut SD benutzt die Polizei RSDL auch gegen aus politischen Gründen in den Fokus der Behörden geratene Personen wie Bürgerrechtsanwälte, Journalisten, NGO-Mitarbeiter, die oft wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit angeklagt würden. In etlichen Fällen setze die Polizei RSDL auch als Strafmaßnahme ein, ohne Anklageerhebung und Prozess im Anschluss an die RSDL-Haft. Teilweise werde die gesetzliche Höchstdauer von 6 Monaten RSDL-Haft überschritten, und es komme nicht selten zu weiterer psychischer und physischer Misshandlung. – Für Parteimitglieder und staatliche Angestellte besteht seit 2018 ein dem RSDL ähnliches eigenes Haftsystem mit der Bezeichnung *liuzhi* 留置, das der bei der Verfassungsänderung 2018 eingerichteten „Nationalen Aufsichtskommission“ untersteht. – Safeguard Defenders wurde 2016 gegründet. Direktor der Organisation ist der Schwede Peter Dahlin (*LICAS* 31.08.; <https://safeguarddefenders.com/en/publications>). Siehe auch *China heute* 2015, Nr. 4, S. 223-224; 2016, Nr. 1, S. 14; 2018, Nr. 1, S. 9.

1. September 2020:

Innere Mongolei: Proteste gegen verstärkte Sinisierung in den Schulen
Im Autonomen Gebiet Innere Mongolei im Norden der VR China haben Tausende von Schülern und Eltern in zahlreichen Städten gegen eine Schulbuchänderung protestiert. Wie es bereits seit 2017 in Xinjiang und Tibet der Fall ist, sollen zum Schuljahresbeginn am 1. September im ersten Jahrgang an Grund- und Mittelschulen mehrere Kernfächer – chinesische Sprache und Literatur, Geschichte sowie „Ethik und Recht“ – mit einheitlichen neuen Lehrbüchern auf Chinesisch und nicht mehr auf Mongolisch unterrichtet

werden. „Fächer also, bei denen bisher über die mongolische Sprache und die Schrift auch sehr viel mongolische Kultur vermittelt wurde“, so die *Tagesschau* vom 8. September. Die Behörden gingen massiv gegen die Streiks in den Schulen und die Proteste vor, u.a. wurde Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, deren Kinder beim Schulstreik mitmachen, mit Kündigung, streikenden Schülern mit Schulverweis gedroht. Die Online-Zensur wurde sehr stark ausgeweitet. Es kam zu mehreren Festnahmen. Die Regierung hatte den Schritt mit der „gradueller Ausweitung der bilingualen Schulausbildung“ begründet, „die den ethnischen Minderheiten mehr Zukunftschancen eröffne und ‚die Anerkennung der chinesischen Nation‘ verbessere, so Merics. – Solidaritätsbekundungen mit den Protestierenden gab es auch im eigenständigen Mongolischen Staat (*Global Times* 7.90.; *LICAS* 2.09.; *Merics China Briefing* 10.09.; *tagesschau.de* 8.09.).

Religionspolitik

21.–27. Mai 2020:

Versammlung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes

An der wegen der Corona-Pandemie auf dieses Datum verschobenen Versammlung nahmen wie immer auch Delegierte der fünf Religionen teil. Von katholischer Seite waren dies die Bischöfe Fang Xingyao, Ma Yinglin, Shen Bin, Zhan Silu, Lei Shiyin, Li Shan, Meng Qinglu, die Priester Wang Yaosheng und Wu Jianlin und der Laie Liu Yuanlong. Bischof Lei, einer der sieben im September 2018 vom Papst legitimierten Bischöfe, sagte im Interview mit der vom Nationalen Religionsbüro (NBRA) herausgegebenen Zeitschrift *Zhongguo zongjiao*, nach den Berichten der Delegierten aus Tibet, Xinjiang, Hongkong und der Armee sei ihm klageworden, dass China mit beispiellosen Risiken konfrontiert sei und mehr denn je ein stabiles gesellschaftliches Umfeld benötige. Ferner sagte er, er habe die Katholische patriotische Vereinigung dazu geführt, am Prinzip der Unabhängigkeit festzuhalten (*chinacatholic.cn* 29.05.; *Weixin zongjiao* [WeChat-Konto des NBRA] 26.05.).

Ab 2. Juni 2020:

Sukzessive Wiederöffnung der religiösen Stätten nach Eindämmung der Epidemie

Ab 2. Juni durften in vielen Provinzen, unter Einhaltung von Präventionsmaßnahmen, die ersten religiösen und volksreligiösen Stätten wieder öffnen. Bis alle registrierten religiösen Stätten in einer Region geöffnet waren, dauerte es oft sehr viel länger – im Shanghaier Stadtbezirk Qingpu

beispielsweise waren erst am 2. August alle 35 religiösen Stätten des Bezirks wieder in Betrieb. In Zhejiang musste nach Vorschrift der Provinzregierung jede Stätte bei ihrer Wiederöffnung die chinesische Flagge hissen und eine patriotische Lektion erteilen. Der 7. Juni 2020 war der erste Sonntag, an dem in den meisten Provinzen katholische Kirchen wieder für den Gottesdienst geöffnet waren. Es gab jedoch auch viele Einschränkungen. So wurde aus katholischen Gemeinden berichtet, dass die Behörden – etwa in Shenyang – nicht nur die Einhaltung der Präventionsmaßnahmen kontrollierten, sondern auch Minderjährige am Gottesdienstbesuch hinderten und Untergrundkirchen und -treffpunkte nach der Epidemiephase gar nicht mehr öffnen ließen (*AsiaNews* 8.06.; facebook.com/UCANChina 3.06.; 20.08.; mzb.com.cn 9.06.; mzzj.sh.gov.cn 20.08.; *UCAN* 4.06.; 21.08.). Siehe auch den Beitrag in den *Informationen* und den Eintrag von Anfang Juni 2020 in der Rubrik „Protestantismus“.

12. Juni 2020:

AsiaNews: Elternbrief einer Schule in der Inneren Mongolei droht Schülern, die an religiösen Aktivitäten teilnehmen, mit behördlichen Maßnahmen

Der Elternbrief der Mittelschule Nr. 6 von Xilinhot, der laut *AsiaNews* am 25. März 2020 herausgegeben wurde, befasst sich mit der Teilnahme von Schülern an religiösen Aktivitäten. *AsiaNews* veröffentlichte den Wortlaut des Briefs. Das Schreiben beruft sich einleitend auf Verfassung, Erziehungsgesetz u.a. Bestimmungen und erklärt, dass sozialistische Schulen neue sozialistische Menschen heranziehen und jede Form von religiöser Aktivität verbieten. „Keine religiöse Organisation oder Einzelperson darf [...] Schüler für religiöse Aktivitäten rekrutieren. [...] Religiöse Ideen und Rituale dürfen nicht in Schulen und unter Schülern verbreitet werden. Schüler in Schulen dürfen nicht zur Teilnahme an religiösen Aktivitäten genötigt oder verleitet werden.“ Solche Fälle seien der Regierung zu melden. Schüler seien die Zukunft des Sozialismus, sie müssten bewusst die patriotische, kollektive und kommunistische Erziehung annehmen und dürften keine religiösen Symbole tragen. „Eltern und andere dürfen Schüler nicht zwingen, an eine Religion zu glauben oder an religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Die Schule muss Schüler, die an religiösen Aktivitäten teilnehmen, der Kritik und Erziehung unterziehen und sie, wenn die Erziehung nicht zu einer Änderung führt, den zuständigen Regierungsbehörden zur Behandlung übergeben.“ Eltern und Schüler müssen mit ihrer Unterschrift ihre Zustimmung zu dem Brief bekunden (*AsiaNews* 12.06.). – In den letzten Jahren gab es bereits Fälle von ähnlichen Elternbriefen, beispielsweise im Jahr 2018 in Schulen in der

Provinz Henan (vgl. *China heute* 2018, Nr. 3, S. 155-156).

27. Juli 2020:

Kommission für Ethnien und Religionen der Politischen Konsultativkonferenz (PKK) berät über Ausbildung religiösen Personals

Es müssten noch mehr patriotische religiöse Talente ausgebildet werden, die „politisch zuverlässig, in ihrer Religion verdienstvoll, moralisch respektiert und im entscheidenden Moment durchsetzungsfähig sind“, sagte Wang Yang, Vorsitzender der PKK und Mitglied des Politbüros, in seiner Rede, Xi Jinping zitierend. An der Sitzung nahmen 11 PKK-Abgeordnete aus den religiösen Kreisen, weitere Religionsvertreter und Fachwissenschaftler teil. Wie es in dem *Xinhua*-Bericht weiter hieß, waren sich alle Teilnehmer einig, dass die ideologisch-politische Erziehung den ganzen Ausbildungsprozess durchdringen müsse. Die „Ebenen“ religiöser Talente seien zu optimieren – (einerseits) müsse Wert auf das Heranbilden von Religionsvertretern mit hohem Niveau gelegt werden, (andererseits) sei die Ausbildung religiöser Amtsträger an der Basis zu verstärken. Eine stärkere Nutzung von Ressourcen des staatlichen Erziehungssystems in der Ausbildung religiösen Personals sei zu überlegen, Austausch religiöser Kreise mit dem Ausland zur Horizonterweiterung sei zu unterstützen. Die zuständigen Behörden sollen einen wissenschaftlichen und vernünftigen Mechanismus für die Auswahl, Einsetzung [in bestimmte Positionen] und Bewertung des religiösen Personals einrichten (*Xinhua* 27.07.). – Eine ähnliche Sitzung der Kommission über die zeitgemäße Auslegung religiöser Lehren fand am 26. November 2019 statt (vgl. *China heute* 2019, Nr. 4, S. 215). Die katholischen Leitungsgremien organisierten am 20. August eine Sitzung zur Seminarbildung (siehe Rubrik „Katholische Kirche“).

27. Juli 2020:

Diözese Shanghai: Priester, die Trauerfeiern im städtischen Longhua-Bestattungsinstitut leiten, müssen Priesterausweis vorzeigen

Das bedeute, dass Untergrundpriester das Bestattungsinstitut, das größte in Shanghai, nicht benutzen oder betreten dürfen – schrieb *UCAN*, das über den Vorfall berichtete. Laut *UCAN* hat die Regierung die Diözese gezwungen, ein Rundschreiben herauszugeben, in dem es heißt, dass katholische Priester, die Trauergebeten im Longhua-Bestattungsinstitut vorstehen, ihren offiziellen Priesterausweis vorzeigen müssen. Auslöser sei gewesen, dass Katholiken aus der Untergrund- und der offiziell-

len Gemeinschaft der Diözese gemeinsam eine Trauerfeier für einen Untergrundpriester in dem Bestattungshaus besucht hatten. *UCAN* sieht in dem erzwungenen Rundschreiben, das Empörung im Untergrund auslöste, einen Versuch der Behörden, die zunehmende Einheit zwischen offizieller und Untergrundgemeinschaft in der Diözese zu brechen. – Bereits im Februar hatte *UCAN* aus Zhejiang gemeldet, dass am 1. Dezember 2019 verabschiedete Vorschriften für zentralisierte Bestattungen der Provinzregierung festlegen, dass religiöse Amtsträger nicht an Trauerfeiern zu Hause teilnehmen und dass „nicht mehr als 10 Familienmitglieder des Verstorbenen mit leiser Stimme Schriften rezitieren oder Hymnen singen dürfen“. Die Vorschriften untersagen laut *UCAN* auch streng religiöse Aktivitäten außerhalb von (registrierten) religiösen Stätten; dies bedeute, dass Priester keine Trauerfeiern außerhalb der Kirche abhalten dürften (*UCAN* 3.02. [nach *Hong Kong Sunday Examiner* 7.02.]; 12.08.). – Begründungen und Trauerrituale haben einen sehr hohen Stellenwert in der chinesischen Kultur und auch bei den Kirchen in China.

Ab 11. August 2020:

Offizielle religiöse Organisationen folgen Aufruf Xi Jinpings gegen Lebensmittelverschwendung

Präsident Xi Jinping rief am 11. August die Bevölkerung eindringlich dazu auf, Lebensmittel zu sparen, da in Zeiten der weltweiten Corona-Pandemie eine erhöhte Wachsamkeit hinsichtlich der Sicherung der Lebensmittelversorgung geboten sei. In der ganzen Gesellschaft solle die Atmosphäre „Verschwendung ist schändlich, Sparen ruhmreich“ entstehen. Im Rahmen dieser nationalen Kampagne – auch „Operation leere Teller“ genannt – organisierten in den folgenden Wochen die Religionsbehörden überall im Land Studiensitzungen für die Vertreter der fünf Religionen. Am 24. August publizierten die Shanghai-er offiziellen religiösen Organisationen der fünf Religionen einen gemeinsamen Aufruf zum Lebensmittelsparen, in dem das von Xi vorgegebene Motto „Strenges Sparen durchführen, sich gegen Verschwendung wenden“ (厉行节约 反对浪费) durch entsprechende Aussagen aus dem buddhistischen Kontext, dem Koran und der Bibel unterstützt wird. Zahlreiche Aufrufe zu diesem Motto wurden im September auch von Organisationen der Religionen auf nationaler und auf lokaler Ebene veröffentlicht. – Laut *The Guardian* importiert China schätzungsweise 20-30% seines Getreidebedarfs, dazu haben im Sommer schwere Überschwemmungen an vielen Orten in China die Ernte vernichtet. Hinzu kommen die Afrikanische Schweinepest und

unterbrochene Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie. Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Die Zeitung berichtete über durch die Kampagne ausgelöste Aktionen: so rief der Verband der Catering-Industrie von Wuhan die Restaurants der Stadt auf, ein „N-1 Bestellsystem“ einzurichten, wonach eine Gruppe Speisender immer ein Gericht weniger bestellen muss, als sie Personen zählt – traditionelle Höflichkeit gebietet „N+1“ (chinacatholic.org 30.08.; theguardian.com 13.08.; *Xinhua* 11.08.).

Buddhismus / Tibet

23. Mai 2020:

Saga Dawa: Behörden in Lhasa verbieten Studenten, Regierungsangestellten und Beziehern staatlicher Renten die Teilnahme an religiösen Aktivitäten

Dies berichtete der US-amerikanische Sender *Radio Free Asia (RFA)* unter Berufung auf örtliche Quellen. Saga Dawa ist im tibetischen Buddhismus der Monat der Verdienste, in dessen Verlauf auch Geburt, Tod und Erleuchtung des Buddha gefeiert werden; er begann 2020 am 23. Mai. Auch Eltern tibetischer Schulkinder seien aufgefordert worden, ihren Kindern während Saga Dawa nicht zu erlauben, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen (*RFA* 26.05.). – Über ähnliche Verbote während Saga Dawa war bereits in früheren Jahren berichtet worden.

22. September 2020:

Studie: „Berufsbildung im Militärstil“ und massenhafter Transfer von Arbeitskräften in und aus Tibet

Die von dem Forscher Adrian Zenz bei der Jamestown Foundation veröffentlichte Studie stützt sich u.a. auf Meldungen der Behörden im Autonomen Gebiet Tibet (AGT). Zenz zufolge hat das AGT im März 2019 einen „Aktionsplan 2019–2020 für Fortbildung und Arbeitstransfer von Bauern und Hirten“ eingeführt. Einem Regierungsbericht zufolge schulte das AGT in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 543.000 „überschüssige ländliche Arbeiter“, von denen 49.000 an Arbeitsplätze in andere Teile des AGT und 3.109 in andere Teile Chinas transferiert wurden. Vor dem Jobtransfer werden die Hirten und Bauern einer obligatorischen zentralisierten „Fortbildung im Militärstil“ unterzogen, die – so Zenz – zum Ziel hat, „rückständiges Denken“ zu reformieren und „negative religiöse Einflüsse abzuschwächen“ sowie Arbeitsdisziplin, Recht und chinesische Sprache zu trainieren. In dem System gibt es laut Zenz zahlreiche Zwangselemente, etwa bei der Rekrutierung, in die die „dorfbasierten Arbeitsteams“, ein staatliches Programm zur Überwachung der Bevölkerung (vgl.

China heute 2016, Nr. 1, S. 11), involviert sind. Da das AGT sich die Ausrottung der absoluten Armut bis Ende 2020 zum Ziel gesetzt habe, stünden lokale Behörden unter Druck, arme Bevölkerungsgruppen in das Arbeitstransferprogramm einzuspeisen. Zenz zufolge gibt es viele Parallelen zu dem Zwangssystem von Berufsbildung und Arbeitstransfer in Xinjiang. Allerdings unterliege der Transfer tibetischer Arbeitskräfte möglicherweise nicht so starken Sicherheitsvorkehrungen wie der uigurischer Arbeiter. Auch gebe es zur Zeit keinen Beleg dafür, dass das Berufsbildungs- und Transferprogramm in Tibet mit außergerichtlicher Inhaftierung verbunden sei (<https://jamestown.org/program/jamestown-early-warning-brief-xinjiangs-system-of-militarized-vocational-training-comes-to-tibet>; *AsiaNews* 25.,26.,28.09.; *Reuters* 22.09.).

Islam / Xinjiang

24. Juni 2020:

Chinesische islamische Vereinigung (CIV) sagt Hadsch für 2020 ab

In einer Bekanntmachung an die Islamischen Vereinigungen auf Provinzebene schrieb die CIV, zwar habe China im Kampf gegen COVID-19 große strategische Erfolge erzielt, doch weltweit sei das Virus nicht unter Kontrolle und auch in Saudi-Arabien gebe es viele Fälle. Das saudische Hadsch-Ministerium habe deshalb am 22. Juni die Pilgerfahrt für ausländische Muslime abgesagt. Aus diesem Grund habe die CIV beschlossen, die Teilnahme der Muslime Chinas am Hadsch 2020 auszusetzen (chinaislam.net.cn 24.06.). – Die CIV ist der einzige staatlich zugelassene Organisator des Hadsch für ganz China.

9. August 2020:

Statement von 76 Führern verschiedener Religionen verurteilt den „potenziellen Völkermord an den Uiguren und anderen Muslimen in China“ als „eine der ungeheuerlichsten menschlichen Tragödien seit dem Holocaust“

Zu den Erstunterzeichnern gehören Rowan Williams, der frühere anglikanische Erzbischof von Canterbury, die katholischen Kardinäle Charles Bo von Yangon (Vorsitzender der Föderation der Asiatischen Bischofskonferenzen) und Ignatius Suharyo von Jakarta, der koptisch-orthodoxe Erzbischof von London, Erzbischof Angaelos, eine Reihe hochrangiger Rabbiner aus Großbritannien, mehrere Imame, der Präsident der Buddhistischen Gesellschaft Großbritanniens, der Vertreter des Dalai Lama für Nordeuropa, Polen und das Baltikum sowie der Geschäfts-

führer der britischen Humanisten. In dem Statement heißt es: Mindestens eine Million Uiguren und andere Muslime in China seien in Lagern inhaftiert. Dort drohten ihnen der Hungertod, Folter, sexuelle Gewalt, Zwangsarbeit und erzwungene Organentnahmen, so das Statement. Außerhalb der Lager werde ihnen elementare Religionsfreiheit verweigert. Das klare Ziel der Behörden sei es, die uigurische Identität auszulöschen. „Nach dem Holocaust sagte die Welt ‚Nie wieder‘. Heute wiederholen wir diese Worte ‚Nie wieder‘, immer und immer wieder“, schreiben die Religionsführer. Sie rufen auf zu Gebet, Solidarität und Handeln, damit diese Verbrechen untersucht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die menschliche Würde wiederhergestellt würden. – *The Tablet* zufolge waren dem Statement der Religionsführer zwei Erklärungen hochrangiger jüdischer Vertreter in England vorausgegangen, in denen der von jüdischer Seite aus seltene Schritt unternommen wurde, Vergleiche zwischen dem Holocaust und den Verbrechen an den Uiguren zu ziehen (*The Tablet* 9.08.; <https://zenit.org/2020/08/24/feature-chinas-persecution-of-ughur-one-of-most-egregious-human-tragedies-since-holocaust-international-faith-leaders-denounce/>).

17. September 2020:

Chinas Staatsrat veröffentlicht Weißbuch „Beschäftigung und Arbeitsrechte in Xinjiang“

Xinjiang habe eine große verarmte Bevölkerung, wozu auch religiöser Extremismus beigetragen habe, heißt es in dem Weißbuch. Seit dem 8. Parteitag 2012 habe Xinjiang „energisch Beschäftigungsprojekte umgesetzt, die Berufsbildung verbessert und die Beschäftigungskanäle und -kapazitäten erweitert“. Zur Berufsausbildung führt das Dokument aus, dass Xinjiang „von 2014 bis 2019 jedes Jahr Ausbildungslerngänge für durchschnittlich 1,29 Millionen städtische und ländliche Arbeitnehmer“ anbot, davon 451.400 im Süden Xinjiangs. Dadurch hätten die Trainees Fertigkeiten und Qualifikationen mit Beschäftigungspotential erworben. Zum System für Berufsbildung in Xinjiang zählt das Dokument u.a. auch die „Berufsbildungszentren“ („vocational education and training centers“ 职业技能教育培训中心) [der offizielle chinesische Begriff für die seit 2017 massenhaft eingerichteten Umerziehungslager in Xinjiang]. Zu Beschäftigungsförderung habe Xinjiang „Satellitenfabriken“ und „Werkstätten zur Armutsbekämpfung“ entwickelt, um überschüssigen Arbeitskräften auf dem Land Arbeit in der Nähe ihrer Heimorte zu ermöglichen – so das

Weißbuch weiter. Seit 2014 hätten außerdem 117.000 Menschen aus Xinjiang eine Beschäftigung mit höherem Einkommen in anderen Teilen des Landes gefunden, wo sie von ihren Arbeitgebern mit Unterkunft, medizinischer Versorgung usw. unterstützt würden. Zuvor seien sie, entsprechend der Marktnachfrage, sprachlich, rechtlich und in Bezug auf städtische Lebensgewohnheiten fortgebildet worden. Zwangsarbeit sei gesetzlich verboten, werde verhindert und bestraft. Zum Schutz der Arbeiterrechte zählt das Weißbuch auch die Wahrung ihrer Glaubensfreiheit. Der Lebensstandard der Menschen habe sich spürbar verbessert, sie seien zufrieden und blickten optimistisch in die Zukunft. Das widerlegt dem Weißbuch zufolge die „falschen Behauptungen“ gewisser internationaler Kräfte, dass in Xinjiang Zwangsarbeit herrsche (http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202009/17/content_WS5f62cef6c6d0f7257693c192.html). – Laut Merics war das Weißbuch Teil einer größeren Propagandaoffensive Chinas zum Thema Xinjiang. Am 23. September verabschiedete der US-Kongress ein „Gesetz zur Verhinderung uigurischer Zwangsarbeit“, das Sanktionen gegen das staatlich-militärische Produktions- und Aufbaucorps Xinjiang, einen wichtigen Produzenten von Baumwolle und Tomaten, einschließt. Auch der schwedische Bekleidungskonzern H&M beendete die Zusammenarbeit mit Textilproduzenten in Xinjiang. Am 9. Dezember 2019 hatte der Vorsitzende der Regierung von Xinjiang, Shohrat Zakir, erklärt, dass alle „Trainees“ von den „Berufsbildungszentren“ in Xinjiang nunmehr „graduiert“ seien (*Merics China Briefing* 24.09.; *Xinhua* 9.12.2019).

25. September 2020:

Australian Strategic Policy Institute (ASPI) lanciert Xinjiang Data Project Website zu Zerstörung von Moscheen und zu Haftzentren in Xinjiang – Studie zu Zwangsarbeit

In dem Projekt wertet das Institut Satellitenaufnahmen aus; Ergebnisse können auf der Website <https://xjdp.aspi.org.au> abgerufen werden. Das Institut schätzt, dass in den letzten drei Jahren rund 8.450 Moscheen in Xinjiang zerstört und weitere 7.550 beschädigt wurden, etwa durch den Abriss von Kuppeln oder Minaretten. Die Zahlen sind eine Hochrechnung der Satellitenanalyse von 533 Moscheen. Außerdem kartierte und analysierte das ASPI 380 mutmaßliche Haftzentren in Xinjiang, die seit 2017 (dem Beginn der massenhaften Inhaftierung von Uiguren u.a. Volksangehörigen in Xinjiang im Zuge von „Deradikalisierungsmaßnahmen“) neu gebaut oder erweitert wurden, darunter Neubauten und Erweiterungen in den Jahren 2019 und 2020. Die meisten Lager seien nahe an Industrieparks errichtet, was

Berichte von ehemals Inhaftierten bestätigte, nach denen viele Insassen der Lager Zwangsarbeit ausgesetzt waren. – Bereits am 1. März 2020 war der Bericht „Uyghurs for sale. ‘Re-education’, forced labour and surveillance beyond Xinjiang“ des ASPI veröffentlicht worden. Diesem Bericht zufolge sollen zwischen 2017 und 2019 rund 80.000 Uiguren aus Xinjiang, ein Teil von ihnen direkt aus Umerziehungslagern, zur Arbeit in Fabriken in chinesische Provinzen außerhalb Xinjiangs gebracht worden sein, wo sie laut ASPI unter Bedingungen arbeiten, die Zwangsarbeit nahelegen: sie würden in getrennten Wohnheimen leben und ständiger Überwachung unterzogen, hätten eingeschränkte Bewegungsfreiheit, dürften ihre Religion nicht praktizieren und erhielten außerhalb der Arbeitszeit Sprach- und Ideologieunterricht. Diese chinesischen Fabriken seien [nach Angaben auf ihren eigenen Websites] direkte oder indirekte Zulieferer von 82 internationalen Marken im Technologie-, Bekleidungs- und Automobilsektor, darunter deutsche Konzerne wie BMW, Mercedes-Benz, Volkswagen, Adidas, Bosch und Siemens, aber auch Apple, Samsung, Nokia, Nike, Bombardier usw. Das ASPI wurde von der australischen Regierung gegründet und wird teilweise vom australischen Verteidigungsministerium finanziert (aspi.org.au 25.09.; FAZ 25.09.; LICAS 25.09.; www.aspi.org.au/report/uyghurs-sale).

28. September 2020:
South China Morning Post (SCMP): Religiöse Bräuche der muslimischen Utsul auf der Insel Hainan unter Druck
Die Utsul sind eine kleine Ethnie von ca. 10.000 Menschen, die in Sanya im Süden von Hainan leben. Staatlicherseits werden sie wegen ihrer Religion zu den chinesischesprachigen Hui-Muslimen gezählt, sie haben aber eine eigene Sprache, die dem Malayischen ähnlich ist. Der SCMP liegt ein „Arbeitsdokument zur Stärkung der allgemeinen Aufsicht über die Nachbarschaftsviertel Huixin und Huihui“ vor; das sind der Zeitung zufolge die beiden einzigen überwiegend von Utsul bewohnten Viertel von Sanya. In dem 2019 von der lokalen Organisation der Kommunistischen Partei herausgegebenen Dokument heißt es, Moscheen seien beim Wiederaufbau zu verkleinern und dürften keine „arabischen Tendenzen“ aufweisen. Jede Moschee müsse ein Parteimitglied in ihrem Verwaltungsgremium haben. Arabische Schrift oder die chinesischen Schriftzeichen für *halal* oder „islamisch“ seien von Geschäftsfrenten zu entfernen. Parteimitglieder, die den Utsul angehören, sollten überprüft werden und machten sich strafbar, wenn sie religiös observant seien. Hidschab und

die traditionellen langen Röcke der Utsul-Frauen seien an Schulen und am Arbeitsplatz verboten. Ein Anfang September 2020 verhängtes Hidschab-Verbot an Schulen stieß auf Widerstand und wurde vorübergehend wieder aufgehoben, nachdem Hunderte von Schülerinnen sich geweigert hatten, ihr Kopftuch abzulegen. – Dru Gladney, Experte für den Islam in China, sagte dem Sender *France 24*, dass die sunnitischen Utsul nie Anzeichen gezeigt hätten, von strengen islamischen Richtungen wie dem Salafismus beeinflusst zu sein. Sie seien die älteste muslimische Gemeinschaft Chinas, ihre Friedhöfe gingen bis ins 12. Jh. zurück. Katja Drinhausen von Merics sagte dem Sender, die Situation in Hainan sei ein Paradebeispiel für die Entwicklung der Minderheitenpolitik unter Xi Jinping; es werde ein Klima des „Generalverdachts“ gegenüber religiösem Glauben kultiviert, selbst gegenüber einer so friedlichen kleinen Gruppe wie den Utsul (*France 24* 30.09.; *SCMP* 28.09.).

Protestantismus

3. Mai, 11. Juni und 22. Juli 2020:
Polizeiaktionen gegen Xingguang-Kirche in Xiamen

Am 3. Mai, 11. Juni und 22. Juli wurden Versammlungen von Gemeindegliedern durch Polizeikräfte beendet, Ausstattung und Einrichtungsgegenstände zerstört und Razzien in Privatwohnungen durchgeführt. Der Gemeinde wurde zur Last gelegt, gegen die Vorschriften für religiöse Angelegenheiten verstoßen zu haben, weil sie die offizielle Registrierung verweigerte. Nach verschiedenen Berichten kam es zu Festnahmen und Gewaltanwendung gegen Gläubige (*AsiaNews* 5.05.; chinaaid.net 22.07.; csw.org.uk 15.06.).

Isabel Friemann, China InfoStelle

Anfang Juni 2020:
Kirchen öffnen wieder

Zwischen Ende Mai und Anfang Juni ergingen in vielen Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten des Landes Erlasse und Bekanntmachungen, welche die Wiedereröffnung der protestantischen Kirchen nach einer viermonatigen Phase des Corona-Lockdowns einleiteten. In Zhejiang kündigte die Vertretung von Christenrat und patriotischer Drei-Selbst-Bewegung am 31. Mai eine geordnete Wiedereinsetzung christlicher Aktivitäten an, welche die Voraussetzungen erfüllen, in Bezug auf die Pandemie Vorsorgemaßnahmen und Kontrollen durchzuführen. Alle evangelischen Kirchen waren angehalten, Patriotismus-Lektionen zu erteilen, eine Risikoeinschätzung und Sicherheitsuntersuchung durchzuführen, einen Katalog

an Kontroll- und Vorsorgemaßnahmen zu erstellen und einen strengen Notfallplan auszuarbeiten. In Jiangsu wurde von der Religionsbehörde der Provinz ein Arbeitstreffen zur Besprechung der notwendigen anstehenden Schritte zur ordentlichen Wiederherstellung religiöser Aktivitäten für den 30. Mai anberaumt. In Chongqing informierte die Holy Grace Kirche am 1. Juni ihre Mitglieder, dass der erste Gottesdienst im Gebäude am 7. Juni stattfinden würde. Gläubige mit auffälligen Symptomen wie Fieber, Frösteln, trockenem Husten etc. sollten sich fernhalten und sich medizinisch behandeln lassen. Alle Teilnehmenden müssten Masken tragen, ihre Personalien angeben, die Temperatur überprüfen lassen, im Abstand von 1 Meter zueinander Platz nehmen und die allgemeinen Hygieneregeln einhalten. Gläubigen, die in der Nähe der Kirche leben, wurde empfohlen, den Abendgottesdienst zu besuchen, um die Besucherzahl der beiden Morgengottesdienste zu reduzieren (chinachristiandaily.com 3.06.). Isabel Friemann, China InfoStelle

24. August 2020:

China Source: Motive des Glaubens

Im August veröffentlichte die protestantische Internetseite *China Source* die Ergebnisse einer Umfrage, die 2017–2018 von einem chinesischen Pastor durchgeführt wurde. Er erhielt gut 10% aller verschickten Fragebögen zurück, 1.655 ausgefüllt von Gläubigen und 110 von Gemeindeführerinnen und -leitern aus 18 Provinzen. 72% der Teilnehmenden an der Umfrage waren weiblich (7% haben ihr Geschlecht nicht angegeben). Der Bildungsgrad der Gläubigen war mit 22% Universitätsabsolventinnen und -absolventen höher als erwartet. Die Mehrzahl der Gemeindeglieder bestand nach Auswertung der Studie aus Personen im Alter zwischen 40 und 60 Jahren. 75% der Teilnehmenden stammten aus christlichen Familien. Die häufigste Antwort auf die Frage nach den wichtigsten Beweggründen für den eigenen Glauben war der Wunsch nach „Kenntnis der Wahrheit“, gefolgt von „Erlösung nach dem Tod“, danach kamen etwa gleich häufig „Heilungserlebnis“, „Gottes Hilfe im Leben“ und „die Bitte um Vergebung der Sünden“ (*AsiaNews* 2.09.; www.china-source.org/resource-library/blog-entries/demographics-beyond-numbers-2). Isabel Friemann, China InfoStelle

Mitte September 2020:

Neuer Pastor für Evangelische Gemeinde Deutscher Sprache Peking

Ende August reiste Pastor Lorenz Bührmann zusammen mit seiner Frau nach China ein und trat nach zwei Wochen Quarantäne Mitte September seinen Dienst

als Leiter der Evangelischen Gemeinde Deutscher Sprache Peking an. Die offizielle Einführung in sein Amt erfolgt am 11. Oktober in der deutschen Botschaft, durchgeführt von Pastorin Dr. Annette Mehlhorn, der Kollegin in Shanghai. Herr Bührmann war zuvor als Pastor der Berliner Stadtmission tätig.
Isabel Friemann, China InfoStelle

23. September 2020:

70 Jahre Drei-Selbst-Bewegung

Der 23. September wurde als 70. Jahrestag der evangelischen Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung mit einer offiziellen Feier in Shanghai begangen. Die Entwicklung der Organisation wurde als großer Erfolg und historische Pioniertat für die weltweite Christenheit gewürdigt. Es sei exemplarisch gelungen, alle ausländischen Einflüsse abzuschütteln und sich mit den politischen Zielen von Staat und Partei zu identifizieren. Nun arbeite die Drei-Selbst-Bewegung zielgerichtet am Dienst der eigenen Gesellschaft, d.h. an der Realisierung des „chinesischen Traumes“ mit. Bereits am 21. September wurde in der Mu'en-Kirche in Shanghai ein Erinnerungsgottesdienst abgehalten. Im gesamten Land sind Feiern der Drei-Selbst-Organisationen auf Provinz- und Stadtebene angekündigt (ccctspm.org 23.09.). Siehe auch den Bericht in den Informationen.
Isabel Friemann, China InfoStelle

Katholische Kirche

7. Mai 2020:

Bischof em. Josef Zhu Baoyu von Nanyang (Provinz Henan) im Alter von 98 Jahren verstorben

Bischof Zhu wurde am 2. Juli 1921 in Puchan, Provinz Henan, geboren. Mit sechs Jahren verlor er seinen Vater und wuchs anschließend in einem katholischen Waisenhaus in Jingang auf. Er besuchte das Kleine Seminar und studierte am Regionalen Priesterseminar der Erzdiözese Kaifeng. 1957 wurde er von Bischof Fan Xueyan von Baoding geweiht und arbeitete anschließend in verschiedenen Pfarren in Nanyang. Viele Jahre verbrachte er im Gefängnis und in Arbeitslagern bis zu seiner Freilassung 1988. Am 19. März 1995 wurde Zhu Baoyu insgeheim zum Weihbischof von Nanyang geweiht und trat am 23. November 2002 im Alter von 81 Jahren nach dem Tod von Bischof Jin Dechen das Amt als Ortsbischof an. 2010 reichte Bischof Zhu beim Heiligen Stuhl aus Altersgründen sein Rücktrittsgesuch ein; Rom setzte daraufhin den 2007 insgeheim geweihten Koadjutorbischof Jin Lugang als seinen Nachfolger ein. Kurz

nach seiner Resignierung, so *AsiaNews*, bat Bischof Zhu jedoch – vielleicht auf Druck hin – um die Anerkennung seitens der Regierung, die ihn 2011 schließlich als Ordinarius installierte; für die Regierung galt er bis zuletzt trotz seines hohen Alters weiter als der Ortsbischof. Aus Sicht des Heiligen Stuhls jedoch galt Jin seit 2010 als Ortsbischof und Zhu als emeritierter Bischof. Am 30. Januar 2019 installierte die Regierung Bischof Peter Jin Lugang offiziell als Koadjutorbischof, so dass Jin mit Bischof Zhus Tod nun auch behördlich als Ordinarius von Nanyang anerkannt ist. – Bischof Zhu starb im Konvent des diözesanen Ordens der Schwestern von der Unbefleckten Empfängnis. Zum Begräbnis am 9. Mai waren nur 40 Personen zugelassen. – Im Februar war Bischof Zhu positiv auf Corona getestet worden. Er war damals der älteste Chinese, der die Krankheit überlebte, was ihm einen Artikel und ein Video bei der *Renmin ribao* einbrachte. – Zur Diözese von Nanyang zählen heute ca. 20.000 Katholiken, 20 Priester und ca. 50 Ordensschwestern (*AsiaNews* 30.1.; 13.2.2019; 17.2.; 7.5.2020; *China heute* 2019, Nr. 1, S. 13f.; *Fides* 23.5.2020; *UCAN* 12.5.2020).

19. Juni 2020:

Untergrundbischof Cui Tai von Xuanhua erneut verhaftet

Der 70-jährige Koadjutorbischof Augustinus Cui Tai von Xuanhua (Provinz Hebei) wurde nach Angaben von Gläubigen zum wiederholten Male verhaftet und an einen unbekannt Ort gebracht. Am 20. Januar 2020 war er im Zusammenhang mit Chinesisch Neujahr freigelassen worden und durfte wohl wegen der Corona-Pandemie bis Juni bei seiner Familie bleiben. Dieser Zeitraum war, so *AsiaNews*, die längste Freiheitsperiode, die dem Bischof in den letzten Jahren gewährt wurde. Bischof Cui wird seit 2007 von den Behörden immer wieder ohne Gerichtsverfahren in geheimen Haftzentren oder Hotels festgehalten oder unter Hausarrest gestellt. Cui Tai wurde 1990 zum Priester geweiht und 2013 Koadjutorbischof von Xuanhua. Der Ordinarius von Xuanhua, Bischof Thomas Zhao Kexun, ist bereits 96 Jahre alt (*AsiaNews* 23.06.; siehe auch *China heute* 2019, Nr. 1, S. 14-15 sowie 2020, Nr. 1, S. 18).

8. Juli 2020:

AsiaNews veröffentlicht Bericht über Druck auf die Untergrundkirche in der Diözese Yujiang (Jiangxi)

In dem Bericht von Pietro Jiang, einem Katholiken aus Yujiang, heißt es, dass kürzlich dem gesamten Untergrundklerus der Diözese Yujiang verboten worden sei, zu predigen und kirchliche Handlungen

auszuüben. Damit habe sich die Situation weiter verschlimmert, so Jiang. In den letzten Jahren seien viele Versammlungsorte der Untergrundgemeinden von den Behörden geschlossen und Katholiken, die Räume für Gottesdienste zur Verfügung stellten, seien eingeschüchtert worden. An einigen Orten hätten die Behörden Untergrundpriester vertrieben und durch offizielle Priester ersetzt. Besonders seit dem vorläufigen sino-vatikanischen Abkommen würden der Untergrundbischof von Yujiang, Peng Weizhao [geweiht 2014], und seine Priester zunehmend unter Druck gesetzt, sich zu registrieren; der Bischof und die meisten seiner Priester hätten sich bisher aber geweigert. Da die offizielle Kirche [die die fünf Diözesen der Provinz zu einer einzigen Diözese Jiangxi fusioniert hat] ihren eigenen Bischof habe [Li Suguang, 2010 geweiht zum Bischof von Nanchang bzw. Jiangxi], sei unklar, wer im Falle einer Zusammenlegung der offiziellen und der Untergrundgemeinschaft die Kirche leiten würde. Nach dem Fall Mindong hätten sie diesbezüglich wenig Vertrauen in die Behörden (*AsiaNews* 8.07.).

20. August 2020:

Sitzung in Xi'an über katholische Seminarbildung – Plan für Aufbau einheitlicher Lehrprogramme und Lehrbücher

Über 30 katholische Vertreter mit Funktionen in den offiziellen katholischen Leitungsgremien, darunter sieben Bischöfe sowie Verantwortliche der Priesterseminare, nahmen an dem Treffen zur „Seminar-Arbeit“ teil. Wang Lei, Direktorin der Stelle für Ausbildungsstätten des 11. Büros der Zentralen Abteilung für Einheitsfrontarbeit der Partei und ein Vertreter der Provinz Shaanxi „besuchten das Treffen, um die Arbeit zu leiten“. Bischof Ma Yinglin zufolge wurde es einberufen, um den „Geist“ des Treffens der Kommission für Ethnien und Religionen der Politischen Konsultativkonferenz vom 27. Juli umzusetzen (siehe Eintrag in der Rubrik „Religionspolitik“). Frau Wang Lei stellte eine offenbar in Arbeit befindliche neue staatliche Richtlinie, „Maßnahmen für die Verwaltung religiöser Ausbildungsstätten“, vor. Sie forderte die katholischen Leitungsgremien – Patriotische Vereinigung und Bischofskonferenz – dazu auf, die Verantwortung für die Verwaltung der Seminare zu übernehmen, die ideologisch-politische Erziehung zu optimieren und an der Sinisierung festzuhalten. Vertreter der verschiedenen Seminare stellten ihre Lehrprogramme vor und machten Vorschläge für allgemein zu verwendende Lehrbücher. Man verabschiedete einen „Plan zur Förderung des Aufbaus eines fachlichen Lehrprogramms und allgemeiner fachlicher Lehrmaterialien für alle katholischen theologisch-philosophischen Seminare (Entwurf)“ (chinacatholic.cn 21.08.).

Sino-vatikanische Beziehungen

24. Mai 2020:

Weltgebetstag für die katholische Kirche in China: Papst Franziskus nach dem Regina Caeli

Nach dem Regina Caeli, das aus der Bibliothek des Apostolischen Palastes per Multimedia verbreitet wurde, sagte Papst Franziskus: „Vereinen wir uns geistlich mit den katholischen Gläubigen in China, die heute mit besonderer Hingabe das Fest der Seligen Jungfrau Maria feiern, Hilfe der Christen und Schutzpatronin Chinas, die im Heiligtum von Sheshan in Shanghai verehrt wird. Wir empfehlen der Führung und dem Schutz unserer himmlischen Mutter die Hirten und Gläubigen der katholischen Kirche in diesem großen Land, damit sie stark im Glauben und fest in der brüderlichen Einheit seien, freudige Zeugen und Förderer der Nächstenliebe und brüderlichen Hoffnung und gute Bürger.“ Dann fuhr er fort, sich direkt an die chinesischen Katholiken wendend: „Liebe katholische Brüder und Schwestern in China, ich möchte euch versichern, dass die Weltkirche, deren integraler Bestandteil ihr seid, eure Hoffnungen teilt und euch in den Prüfungen des Lebens unterstützt. Sie begleitet euch mit dem Gebet für eine neue Ausgießung des Heiligen Geistes, damit das Licht und die Schönheit des Evangeliums, Gottes Kraft für das Heil aller, die glauben, in euch leuchten möge. Indem ich euch allen noch einmal meine große und aufrichtige Zuneigung zum Ausdruck bringe, erteile ich euch einen besonderen Apostolischen Segen. Möge die Muttergottes euch immer beschützen!“ (www.vatican.va/content/francesco/de/angelus/2020/documents/papa-francesco_regina-coeli_20200524.html). – Papst Benedikt XVI. hat im Jahr 2007 das Fest Maria Hilfe der Christen (24. Mai) zum Welttag des Gebets für China bestimmt. Die Pilgerfahrt zu dem von Papst Franziskus genannten Marienwallfahrtsort Sheshan in Shanghai wurde 2020 wegen der Corona-Pandemie abgesagt, ebenso wie die anderen Wallfahrten in China im Marienmonat Mai (vgl. *China heute* 2020, Nr. 1, S. 4).

9. Juni 2020:

83-jähriger Untergrundbischof Lin Jiashan offiziell als Bischof von Fuzhou (Provinz Fujian) installiert

Die Zeremonie wurde von Bischof Cai Bingrui von Xiamen geleitet, dem Vorsitzenden der Patriotischen Vereinigung der Provinz. Ein Vertreter der offiziellen (von Rom bisher nicht anerkannten) Bischofskonferenz verlas das Approbationsschreiben der Bischofskonferenz.

Laut Bericht auf der Website der offiziellen katholischen Leitungsgremien schwor der Bischof in seinem Eid, „Gottes Gebote zu halten, seine Hirtenpflichten als Bischof zu erfüllen, das Evangelium treu zu verkünden und die Priester und Laien der Diözese Fuzhou anzuleiten, sich an die Verfassung zu halten, die Einheit des Mutterlandes und die soziale Harmonie zu schützen, Land und Kirche zu lieben, an der Ausrichtung der katholischen Kirche auf Sinisierung festzuhalten und zur Verwirklichung des chinesischen Traums vom großen Wiedererstarken der chinesischen Nation beizutragen“. Das besonders strittige Versprechen, das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche [von ausländischen Kräften, d.h. vom Papst in Rom] einzuhalten, war demnach nicht in seinem Eid enthalten. Allerdings war der Eid „politischer“ als der in den offiziellen „Bestimmungen der Chinesischen katholischen Bischofskonferenz für die Wahl und Weihe von Bischöfen“ von 2012, nach denen der Weihakandidat lediglich schwören muss, „dass er am Glauben und der Lehre Christi festhalten, treu zur einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche und treu zum Vaterland sein, die Verfassung und die Gesetze einhalten und den Menschen dienen wird“. – Die Situation im Erzbistum Fuzhou ist kompliziert. Traditionell ist die Untergrundgemeinschaft sehr stark, jedoch ist sie seit Jahren gespalten. Laut *AsiaNews* unterstützten etwa 20 Priester Bischof Lin, während eine andere Gruppe von etwa 60 Priestern im Untergrund Priester Lin Yuntuan favorisierte. Um die Einheit der Diözese zu wahren, entließ der Vatikan 2007 Bischof Lin und setzte Bischof Huang Shoucheng vom Nachbarbistum Mindong als Administrator von Fuzhou ein. Nach Bischof Huangs Tod im Jahr 2016 erreichte Bischof Lin, dass der Vatikan, der laut *AsiaNews* eigentlich Lin Yuntuan zum Administrator ernennen wollte, wieder ihn als Ortsbischof einsetzte. *AsiaNews* zufolge wollte Bischof Lin Jiashan schon lange seine Beziehung zu den Behörden formalisieren. Nur 40 bis 50 der über 100 Priester nahmen an der Installation teil, darunter auch Lin Yuntuan. Interessanterweise bezeichnete sich Lin Yuntuan im Interview mit *UCAN* (chinesische Ausgabe) als Leiter des Büros von Bischof Lin und erklärte, er habe bereits die Ernennung des Heiligen Stuhls zum Koadjutorbischof von Fuzhou erhalten. „Der Papst hat wiederholt die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Regierung betont, um dafür zu kämpfen, dass die Untergrundkirche ein normales Glaubensleben führen kann, ohne unterdrückt zu werden“, sagte Lin Yuntuan zu *UCAN*. – Bischof Lin Jiashan, 1936 geboren, wurde 1997 insgeheim zum Bischof geweiht. Die Erzdiözese Fuzhou gehört zu den größten

Chinas, mit etwa 300.000 Gläubigen, über 100 Priestern und über 500 Ordensfrauen (*AsiaNews* 9.06.; chinacatholic.cn 9.06.; facebook.com/UCANChina 9.06.; *UCAN* 10.06.). – Am 30. Januar 2019 war bereits der Untergrundbischof Jin Lugang als Koadjutorbischof von Nanyang (Henan) offiziell installiert worden (siehe *China heute* 2019, Nr. 1, S. 13-14, und Eintrag vom 7. Mai in der Rubrik „Katholische Kirche“).

22. Juni 2020:

Bisher nicht behördlich anerkannter Bischof Li Huiyuan offiziell als Bischof von Fengxiang (Provinz Shaanxi) installiert

Die Zeremonie wurde von (Erz)Bischof Dang Mingyan von Xi'an geleitet, der auch einer der Vizevorsitzenden der Patriotischen Vereinigung der Provinz ist; fast alle anderen Bischöfe von Shaanxi nahmen teil: Bischof Tong Changping von Weinan, Bischof Wu Qinqing von Zhouzhi, Bischof Han Yingjin von Sanyuan, Bischof Xu Hongwei von Hanzhong und Bischof Yang Xiaoting von Yan'an. Laut *UCAN* waren außerdem alle Priester der Diözese Fengxiang und die Gemeindeführer aller Pfarreien des Bistums anwesend. Die Approbation der offiziellen Bischofskonferenz wurde verlesen. Bischof Li Huiyuans Eid enthielt – nach Angaben im Bericht der offiziellen katholischen Leitungsgremien über die Installation – auch das Festhalten an der Unabhängigkeit der Kirche. – Die Diözese Fengxiang gehörte unter der Leitung von Bischof Lukas Li Jingfeng (1921–2017) lange zur Untergrundkirche. 2004 gelang es Lukas Li, sich auch vom Staat anerkennen zu lassen, ohne in die Patriotische Vereinigung eintreten zu müssen. 2011 organisierte er die Wahl von Li Huiyuan (geb. 1965) zu seinem Nachfolger in einem Verfahren, das sowohl mit dem Kirchenrecht als auch mit den Wahlvorschriften der chinesischen Regierung übereinstimmte. Da dennoch keine offizielle Weiheerlaubnis erteilt wurde, weihte er Li Huiyuan im Jahr 2014 heimlich zum Koadjutorbischof. Als Bischof Lukas Li 2017 starb, wurde Bischof Li Huiyuan sein Nachfolger, jedoch ohne behördliche Anerkennung. Im Mai 2019 wurde die Patriotische Vereinigung der Stadt Baoji, zu der der Kreis Fengxiang gehört, gegründet und Li Huiyuan zu deren Vorsitzenden gewählt. – Laut *AsiaNews* sind alle Priester der Diözese Fengxiang schon zu Bischof Lukas Lis Zeiten übereingekommen, sich nicht spalten zu lassen. Auch bestehe eine große Einheit mit den anderen Diözesen der Provinz, was die Beziehungen zu den Provinzbehörden erleichtere. Das Bistum Fengxiang zählt etwa 20.000 Katholiken, 50 Priester und 200 Schwestern (*AsiaNews* 22.06.; chinacatholic.cn 22.06.; facebook.com/UCANChina 22.06.; *UCAN* 25.06.).

9. Juli 2020:

Untergrundbischof Ma Cunguo offiziell als Bischof von Shuozhou (Provinz Shanxi) installiert

Die Zeremonie wurde von (Erz)Bischof Meng Ningyou von Taiyuan geleitet, der auch Vorsitzender der Patriotischen Vereinigung der Provinz Shanxi ist; die Shanxier Bischöfe Wu Junwei von Yuncheng und Ding Lingbin von Changzhi nahmen ebenfalls teil, und das Approbationsschreiben der offiziellen Bischofskonferenz wurde verlesen. Laut *UCAN* wurde die Zeremonie *low key* gehalten und erst am 13. Juli durch einen Bericht in dem zur italienischen *La Stampa* gehörenden *Vatican Insider* bekannt. Während Bischof Ma laut einem Bericht der offiziellen chinesischen katholischen Leitungsgremien vom 16. Juli in seinem Eid angeblich auch das Festhalten an der Unabhängigkeit der Kirche versprochen haben soll, berichteten *AsiaNews* und *UCAN*, dass Bischof Ma einen eigenen Eid ablegte, in dem die Unabhängigkeit nicht erwähnt wurde. Laut *AsiaNews* zirkulierte der Eid in den sozialen Medien und lautete: „[...] Ich werde Gottes Gebote halten, meine Hirtenpflichten als Bischof erfüllen, das Evangelium treu verkünden, treu zur einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche sein, ich werde mich für den Aufbau des Leibes Christi, der Kirche, einsetzen und mein Leben der Seelsorge und der Verkündigung des Evangeliums widmen. Ich möchte der Lehre des Apostels Petrus ‚Unterwerft euch um des Herrn willen jeder menschlichen Ordnung‘ [1 Petrus 2,13] folgen und die Priester und Laien der Diözese leiten, sich an die Verfassung und Gesetze zu halten, die Einheit des Mutterlandes und die soziale Harmonie zu schützen, Land und Kirche zu lieben, an der Ausrichtung der katholischen Kirche auf Sinisierung festzuhalten und zur Verwirklichung des chinesischen Traums vom großen Wiedererstarken der chinesischen Nation beizutragen.“ – Bischof Ma Cunguo, 1971 geboren, studierte am (offiziellen) Priesterseminar von Shanxi und wurde 2004 mit nur 33 Jahren insgeheim zum Bischof geweiht. Er soll schon länger den Wunsch nach behördlicher Anerkennung gehabt haben. Die kleine Diözese Shuozhou hat nur etwa 10.000 Gläubige und rund ein Dutzend Priester und Schwestern (*AsiaNews* 18.07. [chinesische Fassung]; *chinacatholic.cn* 16.07.; *facebook.com/UCANChina* 16.07.; *UCAN* 20.07.; *Vatican Insider* 13.07.).

18. August 2020:

Behördlich bisher nicht anerkannter Bischof Jin Yangke offiziell als Bischof von Ningbo (Provinz Zhejiang) installiert – fünfter solcher Fall seit dem sino-vatikanischen Abkommen

Die Zeremonie wurde von Bischof Ma Yinglin von Kunming geleitet, dem Vorsitzenden der offiziellen Bischofskonferenz; das Approbationsschreiben der Bischofskonferenz wurde verlesen. Nach Angaben im Bericht der offiziellen katholischen Leitungsgremien über die Installation enthielt Bischof Jins Eid auch das Festhalten an der Unabhängigkeit der Kirche. *AsiaNews* zufolge ist die Diözese Ningbo „sehr geeint und dynamisch“; Bischof Jin wird als guter und beliebter Oberhirte beschrieben.

Bischof Jin Yangke, 1958 geboren, gehörte seit jeher der offiziellen Kirche an, seit 1990 arbeitete er offen als Priester in der Diözese Ningbo. Sein Vorgänger Bischof Hu Xiande weihte ihn 2012 dennoch heimlich zum Koadjutorbischof, wohl um die Teilnahme eines illegitimen Bischofs an der Weihe zu verhindern. 2017 wurde Bischof Jin Leiter der Patriotischen Vereinigung von Ningbo. Im gleichen Jahr übernahm er nach dem Tod von Bischof Hu Xiande die Leitung des Bistums. Die behördliche Anerkennung erfolgte aber erst jetzt. Die Diözese Ningbo hat rund 30.000 Gläubige, 29 Priester und 30 Ordensfrauen (*AsiaNews* 19.08.; *chinacatholic.cn* 18.08.; *facebook.com/UCANChina* 18.08.; *UCAN* 19.08.). – Somit wurden seit dem sino-vatikanischen Abkommen von 2018 nunmehr (Stand 15.10.2020) fünf vor Jahren mit päpstlicher Ernennung geweihte, aber behördlich bisher nicht anerkannte Bischöfe offiziell installiert. Zählt man den Untergrundbischof Zhuang Jianjian von Shantou hinzu, der am 22. Januar 2019 von den Behörden als „Bischof emeritus“ anerkannt worden war, wurden in diesem Zeitraum insgesamt sechs heimlich geweihte Bischöfe staatlich anerkannt. Nach Angaben des Holy Spirit Study Centre in Hongkong gab es Ende 2019 noch 31 von der Regierung nicht anerkannte Bischöfe im Untergrund, davon waren 16 im Amt.

10. September 2020:

Sprecher des chinesischen Außenministeriums nennt Umsetzung des Abkommens „reibungslös“, jedoch keine Aussage zu Verlängerung

Bei der turnusmäßigen Pressekonferenz fragte ein Journalist des Senders Phoenix TV den Außenamtssprecher Zhao Lijian, ob er bestätigen könne, dass China und der Vatikan über eine Erneuerung des Abkommens von 2018 verhandelten, und man hoffe, dass es in den nächsten Wochen um zwei Jahre verlängert werden könne.

Zhao Lijian antwortete: „Unter den gemeinsamen Bemühungen beider Seiten erfährt das vorläufige Abkommen zwischen China und dem Vatikan über die Ernennung von Bischöfen seit zwei Jahren eine reibungslose Umsetzung. Seit diesem Jahr haben sich beide Seiten bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gegenseitig unterstützt, sich gemeinsam um die Aufrechterhaltung der weltweiten Sicherheit der öffentlichen Gesundheit bemüht und durch eine Reihe positiver Interaktionen größeres gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufgebaut. Beide Seiten werden weiter eine enge Kommunikation und Konsultation aufrechterhalten und den Prozess der Verbesserung der Beziehungen weiter vorantreiben“ (*fmprc.gov.cn* 10.09.).

14. September 2020:

Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin: Abkommen läuft erst im Oktober ab, Vatikan möchte es *ad experimentum* verlängern; bisherige Resultate waren „nicht so bemerkenswert“

Am Rande eines Vortrags über 45 Jahre KSZE-Schlussakte von Helsinki beantwortete Kardinal Parolin Fragen einiger Journalisten über das vorläufige Abkommen mit China. Der katholischen Nachrichtenagentur *Zenit* zufolge sagte der Kardinal: „Das Abkommen ist noch nicht abgelaufen“, dies werde erst im Oktober geschehen, zwei Jahre nach dem Inkrafttreten. Auf die Frage, ob er eine Erneuerung des Abkommens für wahrscheinlich halte, erklärte Parolin: „Ja, das glaube ich wirklich, unsere Absicht ist, dass es verlängert wird, dass wir es weiter *ad experimentum* anwenden, wie es in diesen zwei Jahren geschehen ist, um noch weiter den Nutzen für die Kirche in China zu prüfen.“ Gefragt, ob China seiner Meinung nach an einer Verlängerung interessiert sei, erwiderte der Kardinal: „Ich glaube und hoffe es, auch wenn diese ersten Resultate nicht so bemerkenswert waren, mir scheint, dass eine Richtung eingeschlagen wurde, die es wert ist, fortgeführt zu werden, und dann werden wir am Ende dieser weiteren Periode sehen, was zu tun ist.“ Weiter sagte er: „[...] unser Interesse ist es, [...] dass die Kirche ein normales Leben führen kann, was für die katholische Kirche auch beinhaltet, Beziehungen zum Heiligen Stuhl und zum Papst zu haben, und dann, dass innerhalb der chinesischen Kirche Einheit ist“ (*Zenit* 14.09.).

19. September / 1. Oktober 2020:

US Außenminister: Erneuerung des Abkommens gefährdet moralische Autorität des Vatikans – statt Papst Franziskus empfängt ihn Kardinal Parolin

Mike Pompeo schrieb auf seinem Twitter-Account: „Vor zwei Jahren hat der Heilige Stuhl ein Abkommen mit der Kommunistischen

Partei Chinas erzielt, in der Hoffnung, Chinas Katholiken zu helfen. Doch die Misshandlung der Gläubigen durch die KPCh ist nur schlimmer geworden. Der Vatikan gefährdet seine moralische Autorität, sollte er den Deal erneuern.“ Ähnlich hatte er sich tags zuvor in der Zeitschrift *First Things* geäußert. Als er am 30. September nach Italien reiste, lehnte es Papst Franziskus ab, ihn zu empfangen, weil er im Wahlkampf sei; stattdessen traf er am 1. Oktober Kardinalstaatssekretär Parolin (*Catholic News Service* 22.09.; *UCAN* 2.10.).

22. September 2020:
Zweiter Jahrestag des Abschlusses des „vorläufigen Abkommens zwischen China und dem Heiligen Stuhl über die Ernennung von Bischöfen“

Am 22. September 2018 unterzeichneten der Unterstaatssekretär für die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Staaten, Msgr. Antoine Camilleri, und der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Chao ein vorläufiges Abkommen über die Ernennung von Bischöfen. Am gleichen Tag gab Papst Franziskus seinen Entschluss bekannt, die letzten acht verbliebenen „offiziellen“ Bischöfe (einen davon posthum), die ohne päpstliches Mandat geweiht worden waren, in die volle kirchliche Gemeinschaft aufzunehmen. Der Inhalt des Abkommens ist unbekannt – nach Angaben von Gerard O’Connell in *America* hatte die chinesische Seite auf der Geheimhaltung bestanden. – Da durchgesickert war, dass das Abkommen auf zwei Jahre geschlossen worden sei, ging man allgemein davon aus, dass es am 22. September 2020 ablaufen werde. Katholiken in China zeigten sich gegenüber *UCAN* verwirrt, weil es bis zum 22. September noch keine Nachricht bezüglich einer Verlängerung gab (*americamagazine.org* 15.09.; *facebook.com/UCANChina* 22.09.).

22. September 2020:
Sprecher des chinesischen Außenministeriums spricht von guter Kommunikation zwischen China und dem Vatikan, jedoch erneut keine Aussage zur Verlängerung des Abkommens

Auf die Frage eines Journalisten sagte Außenamtssprecher Wang Wenbin: „Das vorläufige Abkommen zwischen China und dem Vatikan über die Ernennung von Bischöfen erfährt, unter den gemeinsamen Bemühungen beider Seiten, seit zwei Jahren eine reibungslose Umsetzung, der Katholizismus in China entwickelt sich gesund. Beide Seiten werden weiter eine enge Kommunikation und Konsultation aufrechterhalten und den Prozess der Verbesserung der Beziehungen weiter

vorantreiben. Zwischen China und dem Vatikan besteht eine gute Kommunikation. Die chinesische Seite ist aufrichtig und positiv bezüglich des Vorantreibens der sino-vatikanischen Beziehungen. Sie ist offen für einen Austausch beider Seiten und heißt ihn willkommen“ (*fmprc.gov.cn* 22.09.).

29. September 2020:
Chef der vatikanischen Medien: vorläufiges Abkommen läuft am 22. Oktober aus; „positive Ergebnisse“ laden ein, es „in seiner jetzigen Form für weitere Zeit fortzuführen“

Andrea Tornielli, der Chefredakteur der vatikanischen Medien, schrieb in einem Leitartikel in *Vatican News* zu dem vorläufigen Abkommen über Bischofsernennungen: „In Kraft trat es einen Monat darauf [d.h. einen Monat nach der Unterzeichnung am 22. September 2018], also läuft es am kommenden 22. Oktober aus. Es wurde in Peking unterzeichnet, vorgesehen war eine Dauer von zwei Jahren *ad experimentum*, vor einer eventuellen endgültigen Bestätigung oder anderen Entscheidung.“ Dies war die erste offizielle Angabe seitens eines der Vertragspartner über das konkrete Ablaufdatum des vorläufigen Abkommens. Das Abkommen betreffe „ausschließlich das Prozedere zur Ernennung von Bischöfen“, so Tornielli. Das Ziel sei rein pastoral, nämlich, „den katholischen Gläubigen Bischöfe zu ermöglichen, die in voller Einheit mit dem Nachfolger Petri stehen und zugleich auch von den Autoritäten der Volksrepublik China anerkannt werden“. Die ersten zwei Jahre haben laut Tornielli „neue Bischofsernennungen in Absprache mit Rom gebracht und einige Bischöfe sind von der Regierung in Peking offiziell anerkannt worden. Die Ergebnisse sind positiv, wenn auch begrenzt – auch angesichts der Pandemie, die in der Tat die Kontakte in den vergangenen Monaten blockiert hat.“ Sie luden dazu ein, das Abkommen „in seiner jetzigen Form für weitere Zeit fortzuführen“ (*vaticannews.va* 29.09.).

4. Oktober 2020:
Weihbischof Guo Xijin von Mindong gibt seinen Rücktritt bekannt

Bischof Guo (geb. 1958) leitete vor dem vorläufigen sino-vatikanischen Abkommen über Bischofsernennungen als von der Regierung nicht anerkannter Ortsbischof die große Untergrundgemeinschaft der Diözese von über 80.000 Gläubigen und 57 Priestern, während damals nur etwa 4.000 Gläubige und 8 Priester zum offiziellen Teil der Diözese gehörten, die von dem noch illegitimen Bischof Zhan Silu geleitet wurde. Auf Bitten Roms stimmte Bischof Guo zu, sich als Weihbischof mit seinen Priestern dem nunmehr legitimierte Ortsbischof



Bischof Guo Xijin bei einer Ansprache. Dieses einige Jahre alte Foto kursiert in den Netzwerken, u.a. bei *AsiaNews* und *UCAN*.

Zhan zu unterstellen. Am 18. April 2019 feierten die beiden Bischöfe und alle Priester gemeinsam die Chrisammesse. Doch nach fortgesetztem Druck der Behörden auf die Priester im Untergrund, eine Erklärung zur Unterstützung der Unabhängigkeit der Kirche zu unterzeichnen, zog Weihbischof Guo im Mai 2019 seinen Antrag auf staatliche Anerkennung zurück. Noch am 1. September 2020 wurde wieder ein Untergrundpriester der Diözese, Liu Maochun, für 17 Tage verschleppt, um ihn zu zwingen, sich der offiziellen Kirche anzuschließen, wie es bis auf etwa 20 Priester der Untergrundklerus von Mindong bis dahin bereits getan hatte. Am 4. Oktober 2020 erklärte Weihbischof Guo Xijin nun seinen Rücktritt vom Amt und seinen Rückzug in ein Leben des Gebets (siehe *Dokumentation*). Möglicherweise hatte er auch auf mehr klärende Unterstützung durch Rom in dieser Lage gehofft. Er macht in seinem Rücktrittsbrief aber deutlich, dass er die vom Papst getroffene Entscheidung, Bischof Zhan zum Leiter der Diözese zu machen, nicht in Frage stellt und dass alle Priester der Diözese gültig die Sakramente spenden. Mindong galt als Pilotprojekt für die Umsetzung des Abkommens über Bischofsernennungen (*AsiaNews* 17.,18.09.; 5.10.). Vgl. *China heute* 2019, Nr. 1, S. 12, 15, 26-29; Nr. 2, S. 82-83; Nr. 3, S. 158-159; Nr. 4, S. 217-218; 2020, Nr. 1, S. 18.

Hongkong

1. Juni 2020:
Wiederaufnahme von heiligen Messen in Hongkong

Aufgrund der Corona-Pandemie durften vom 15. Februar bis 31. Mai keine öffentlichen heiligen Messen in den katholischen Kirchen Hongkongs gefeiert werden. Ab 1. Juni durften an den Werkstagsmessen, ab 7. Juni an den Sonntagsmessen wieder Gläubige teilnehmen. Allerdings wurden aufgrund steigender Infektionszahlen die Gottesdienste erneut vom 15. Juli bis zum 1. Oktober ausgesetzt. Vom 2. Oktober an

werden wieder Werktagsmessen, vom 4. Oktober an Sonntagsmessen öffentlich gefeiert. Dies unter Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen und mit nur der Hälfte der normalen Besucherkapazität. Beim Betreten der Kirchen müssen die Gläubigen Mund-Nasen-Schutz tragen, Temperatur messen lassen und sich die Hände desinfizieren. Nur Handkommunion ist zulässig (catholic.org.hk; *Sunday Examiner* 22.05.; *UCAN* 2.06.; 15.,29.07.).

4. Juni 2020:

Trotz Verbots Versammlungen zur Erinnerung an das Massaker von Tian'anmen

Obwohl die Polizei aus „Gesundheitsgründen“ Ansammlungen von mehr als acht Personen verboten hatte, strömten am Abend des 4. Juni Tausende von Menschen in den Victoria Park, um bei der traditionellen Vigil der Opfer des Massakers am Tian'anmen-Platz in Beijing am 4. Juni 1989 zu gedenken. Versammlungen gab es auch an vielen weiteren Orten Hongkongs. Lee Cheuk-yan, Präsident der Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China, die alljährlich das Gedenken veranstaltet, sagte, dass es nicht nur um die Vergangenheit gehe, sondern auch um die Zukunft Hongkongs. Im Park saßen die Menschen in Achtergruppen zusammen. Die Polizei hielt sich weitgehend zurück. Dieses Jahr waren auch besonders viele junge Menschen und Studenten präsent; diese hatten sich in den letzten Jahren teils zurückgezogen mit dem Argument, die Organisatoren sollten ihren Fokus mehr auf die Situation in Hongkong richten. Für Lee war dies ein Zeichen einer erneuten Einigkeit beim Ruf nach Demokratie in China wie auch in Hongkong. In sieben katholischen Kirchen wurden an dem Abend Heilige Messen im Gedenken an die Toten gefeiert; einer der Messen stand Weihbischof Ha vor (siehe seine Predigt in der Dokumentation dieser Nummer) (*AsiaNews* 5.06.; 7.08.).

1. Juli 2020:

Nationales Sicherheitsgesetz tritt in Kraft

Am 30. Juni wurde das Gesetz der Volksrepublik China zur Wahrung der nationalen Sicherheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong verabschiedet. Es trat am 1. Juli in Kraft und wurde als Anhang in das Hongkonger Grundgesetz aufgenommen. Es wurde ohne Beteiligung der politischen Institutionen oder der Menschen in Hongkong geschrieben und vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongress in Beijing einstimmig verabschiedet. In seinen 66 Artikeln

führt das Sicherheitsgesetz in Hongkong damit die Verbrechen von Sezession, Subversion, Terrorismus und Kollaboration mit ausländischen Kräften zum Schaden der nationalen Sicherheit Chinas ein. Das Gesetz hatte in Hongkong bei den pro-demokratischen Kräften schon im Vorfeld zu großer Beunruhigung geführt, da Befürchtungen bestehen, dass es die Autonomie des Sonderverwaltungsgebiets weiter untergräbt und jeglicher Widerspruch möglicherweise kriminalisiert werden könnte. Ein von Beijing in Hongkong eingesetztes Büro zum Schutz der nationalen Sicherheit, das über die lokale Gerichtsbarkeit gestellt wurde, hat die Macht, das neue Gesetz umzusetzen. – Seit dem Inkrafttreten kam es offensichtlich im Zusammenhang mit dem Sicherheitsgesetz zu einer ganzen Reihe von Verhaftungen von Journalisten, politischen Aktivisten und Geschäftsleuten, darunter Jimmy Lai, Gründer der oppositionellen Zeitung *Apple Daily*, Martin Lee, Gründer der Demokratischen Partei, Lee Cheuk-yan, Mitbegründer der Labour Party. Am 24. September wurde auch Joshua Wong, das bekannteste Gesicht der Hongkonger Demokratiebewegung, kurzfristig verhaftet, nach seiner Festnahme gegen Kautionskaution allerdings wieder freigelassen. – Wie P. Gianni Criveller PIME, der lange in Hongkong gelebt hat, schreibt (siehe seinen Artikel in den Themen dieser Nummer), könnten kirchliche Gemeinschaften und Religionen zu einem späteren Zeitpunkt in den direkten Fokus rücken, „nachdem Beijing sich die Kontrolle über die Schaltzentralen der Stadt gesichert hat“. Das Urteil zum Sicherheitsgesetz fällt bei den Kardinalen John Tong und Joseph Zen in Hongkong unterschiedlich aus. In einem Interview mit der Diözesenzeitschrift *Kung Kao Po* Ende Juni sagte Kardinal Tong: „Ich persönlich denke, dass das Nationale Sicherheitsgesetz keine Auswirkungen auf die Religionsfreiheit haben wird.“ Das Hongkonger Grundgesetz garantiere die Religionsfreiheit und das Recht der Kirchen, zu sozialen Fragen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig rief er Beijing und die Lokalregierung dazu auf, sich der Anliegen der Hongkonger Bevölkerung anzunehmen. Bezüglich der Beziehungen zum Vatikan sagte Kardinal Tong: „Die katholische Kirche in Hongkong hatte immer eine direkte Beziehung zum Vatikan; die Beziehung zwischen der Diözese Hongkong und dem Vatikan sollte als interne Angelegenheit betrachtet werden“ und nicht als „Kollaboration mit ausländischen Kräften“. Kardinal Zen hingegen zeigte sich besorgt. „Das Nationale Sicherheitsgesetz [...] kann echte Religionsfreiheit nicht vollständig garantieren. [...] Ich habe kein Vertrauen“, so der Kardinal in einem Video

auf Facebook. Religionsfreiheit bedeute auch, dass man für die Angelegenheiten der Kirche keine Beteiligung der Regierung brauche (*AsiaNews* 24.06.; 3.07.; *focus.de* 24.09.; *LICAS* 1.07.; *tagesschau.de* 30.06.).

5. Juli 2020:

Journalisten: Papst Franziskus hat in seiner Angelus-Ansprache Worte zu Hongkong vorgesehen, sagt sie aber nicht

Wie verschiedene Journalisten enthüllten, hatte das etwa eine Stunde vorher unter Embargo an Journalisten verteilte Manuskript der Ansprache des Papstes nach dem Angelus-Gebet eine Passage zu Hongkong enthalten, die Papst Franziskus aber nicht vortrug. Nach Angaben des Journalisten Marco Tosatti – für die es keine vatikanische Bestätigung gibt – lautet diese Passage: „In letzter Zeit habe ich die Entwicklung der komplexen Situation in Hongkong mit besonderer Aufmerksamkeit und nicht ohne Besorgnis verfolgt, und ich möchte vor allem meine herzliche Nähe zu allen Bewohnern dieses Gebiets zeigen.“ Die Themen seien im gegenwärtigen Kontext heikel und er hoffe, „dass alle beteiligten Personen wissen, wie sie den verschiedenen Problemen mit einem Geist weitsichtiger Weisheit und eines authentischen Dialogs begegnen können. Dies erfordert Mut, Demut, Gewaltlosigkeit und die Achtung der Würde und Rechte aller. Ich bringe daher den Wunsch zum Ausdruck, dass die gesellschaftliche Freiheit, insbesondere die Religionsfreiheit, in voller und wahrer Freiheit zum Ausdruck kommt, wie dies in der Tat in verschiedenen internationalen Dokumenten vorgesehen ist. Ich begleite mit meinem ständigen Gebet die gesamte katholische Gemeinschaft und alle Menschen guten Willens in Hongkong.“ – Während manche Journalisten hinter dem Vorfall eine „Knebelung“ des Papstes durch Beijing vermuteten, sahen ihn andere als eine indirekte Form, Sorge um Hongkong zu äußern, ohne Beijing vor den Kopf zu stoßen (marcotosatti.com 5.07.; *South China Morning Post* 9.07.).

21. September 2020:

Kardinal Tong ruft in Hirtenbrief zu Einheit auf

In dem auf den 21. September 2020 datierten Hirtenbrief mit dem Titel „In Einheit mit der Kirche“ (siehe die Dokumentation dieser Nummer) prangert der Apostolische Administrator von Hongkong, Kardinal John Tong, „in pastoraler Sorge“ einige negative Haltungen an, die ihren Weg auch in kirchliche Kreise gefunden und dadurch eine Spaltung verursacht hätten, so u.a. die Rechtfertigung von Gewalt, Kompromisslosigkeit, Verleumdung und Ablehnung von Andersdenkenden ohne Bereitschaft zu Dialog und Aussöhnung. Auch wenn es wie überall auch unter den Gläubigen unterschiedliche Ansichten zu

gesellschaftlichen und politischen Themen geben dürfe, so dürften diese doch nicht zu einer Spaltung in der Kirche führen. In harten Worten stellte sich Kardinal Tong zudem gegen das vermeintliche „Recht“ von Katholiken, die Kirche öffentlich zu kritisieren oder sogar Kirchenführer zu „verleumdern“. Auch dies schaffe eine Spaltung in der Kirche. Die Laien sollten „ihren Hirten gehorchen und sie gebührend respektieren“ (*Lumen Gentium*). Die Katholiken, die düster in die Zukunft blicken, ruft er zu einem vertieften Glauben an Gott auf. Im September gab die Katholische Diözese Hongkong auch ein „Gebet für Hongkong und die katholische Kirche“ heraus (siehe *Dokumentation*). – Der Hirtenbrief führte in der Diözese zu kontroversen Diskussionen, einige fragten sich, ob der Brief wirklich von Kardinal Tong stammt, da er nicht seinem früheren, eher moderaten Schreibstil entspreche. – Kardinal Tong hatte am 31. Juli und am 28. August weitere Hirtenbriefe geschrieben. Der erste war ein Familienbrief zur Corona-Pandemie, der zweite ging an die Priester und Diakone der Diözese. Darin schrieb der Kardinal u.a., dass Priester und Gläubige eine prophetische Rolle hätten und es manchmal nötig sei, in der Predigt auf soziale Probleme hinzuweisen. Zweck der Predigt sei aber nicht, persönliche Ansichten zu vermitteln, z.B. zu politischen Fragen. Jemanden durch Andeutungen anzugreifen, zu Hass oder sozialer Unruhe anzustacheln, widerspreche dem Geist Christi und sei in der Liturgie unpassend. Die Gläubigen erwarten in der heutigen kritischen Situation laut Kardinal Tong tröstende, konstruktive und ermutigende Worte. Die Priester und Diakone sollten sorgfältig auf ihre Worte und Taten in- und außerhalb der Messe achten. Auch dieser Brief erregte unter manchen Klerikern Widerspruch (*Apple Daily* 28.08.; *CNA* 1.09.; [facebook.com/UCANChina](https://www.facebook.com/UCANChina) 25.09.; *Hong Kong Sunday Examiner* 31.07.).

1. Oktober 2020:

Kardinal Zen darf keine Mondkuchen an Inhaftierte verteilen

Da es nach Aussagen der Gefängnisbehörden eine „politische Aktivität“ sei, durfte Kardinal Zen Ze-kiun von Hongkong in diesem Jahr nicht die traditionellen Mondkuchen zum Mittherbstfest an Gefängnisinsassen verteilen. Der Kardinal praktiziert diese Geste seit 2010, im Jahr 2013 wurde die Kampagne sogar von Papst Franziskus gesponsort. Alljährlich sammelt der Kardinal dafür Spenden. In den sozialen Medien wurde darüber diskutiert, ob das Verbot mit dem am 1. Juli in Kraft getretenen nationalen Sicherheitsgesetz

für Hongkong im Zusammenhang stehen könnte (*AsiaNews* 10.09.).

Taiwan

4. Mai 2020:

Katholische Kirchen im Erzbistum Taipei wiedereröffnet

Nach einem Lockdown von 45 Tagen durften laut *AsiaNews* ab dem 4. Mai unter Auflagen wieder öffentliche Gottesdienste im Erzbistum Taipei stattfinden. Nach den Regeln dürfen nicht mehr als 100 Gläubige an einer Messe teilnehmen, sie müssen sich registrieren, Temperatur messen lassen, sich die Hände desinfizieren und in der Kirche den erforderlichen Abstand halten. Taiwan ist bisher aufgrund von Prävention und frühzeitigen konsequenten Schutzmaßnahmen glimpflich durch die Pandemie gekommen (*AsiaNews* 5.05.; siehe auch *China heute* 2020; Nr. 1, S. 10f.).

18. Juli 2020:

Neuer Erzbischof von Taipei in sein Amt eingeführt

Der neue Erzbischof Thomas Chung An-zu wurde am 18. Juli in der Chung-Mei-Halle der Katholischen Fu-Jen-Universität in sein Amt eingeführt. An der Feier nahmen 1.000 Personen teil, darunter Vertreter anderer Religionen und Regierungsbeamte. Anwesend war auch Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, die im Anschluss eine Ansprache hielt und dabei den Beitrag der Kirche für die Gesellschaft und die bisherige fruchtbare Arbeit des neuen Erzbischofs mit Jugendlichen lobte. In Kirchenkreisen wurde die Anwesenheit der Präsidentin auch als politisches Zeichen gegenüber Festlandchina gedeutet. – Der 68-jährige Erzbischof Chung ist der achte Erzbischof der Erzdiözese Taipei und folgt in diesem Amt Erzbischof John Hung Shan-chuan SVD, der am 23. Mai aus Altersgründen zurücktrat. Chung bekundete gegenüber *UCAN*, dass seine Ernennung keine großen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen China, Taiwan und dem Vatikan habe. Der Vatikan trüge weiterhin Sorge für die Beziehungen mit Taiwan, so habe es keine Vakanz für das Bischofsamt in Taipei gegeben und der Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Taipei, Msgr. Arnaldo Catalan, habe ihn vor seinem Weggang aus Chiayi besucht und sich über die Situation der Kirche informiert. „Ich kann versichern, dass sich die Beziehungen des Vatikans mit Taiwan normal weiterentwickeln werden“, so Chung. – Erzbischof Chung wurde 1952 in Yunlin geboren und 1981 in der Diözese Tainan zum Priester geweiht. In Rom erwarb er einen Doktorgrad in Moraltheologie. 2006 wurde er zum Weihbischof der Erzdiözese Taipei ernannt

und 2008 zum Bischof von Chiayi. Zudem war er Vorstandsmitglied der Katholischen Fu-Jen-Universität und Rektor des Regionalseminars von Taiwan. Am 8. Juli 2020 wurde Erzbischof Chung als Mitglied des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog ernannt. Er war bisher in Taiwan führend aktiv bei kirchlichen Kontakten zu Buddhisten, Daoisten und anderen Religionsvertretern und ist Mitglied im Komitee für den interreligiösen Dialog in der Regionalen Bischofskonferenz Taiwans (*Fides* 23.05.; *Taipei Times* 20.07.; *UCAN* 26.05.; 22.07.).

1. September 2020:

Taiwan: Mehr Selbstmorde unter Jugendlichen

Die Zahl der Selbstmorde unter den Jugendlichen in Taipei stieg in den letzten zwei Jahren infolge psychischer Schwierigkeiten rapid an, meldete die Gesundheitsbehörde von Taipei Ende August. Während letztes Jahr 339 Personen freiwillig aus dem Leben schieden, was eine Senkung von zehn Prozent gegenüber 2018 bedeutet, stieg die Zahl bei den 15- bis 24-Jährigen von 17 auf 28, also um 64,7 Prozent. Das Taipeier Zentrum zur Verhütung von Suiziden nannte als Gründe für Selbstmorde unter jungen Menschen mentale Probleme (36,3 Prozent), Schwierigkeiten innerhalb der Familie und bei Liebensbeziehungen (32,9 Prozent) sowie Schulprobleme (10,7 Prozent). Der Bürgermeister von Taipei, Ke Wenze, gab gegenüber der *Taipei Times* vom 1. September 2020 zu bedenken, viele fänden es zu peinlich, bei emotionalen Problemen oder Suizidgedanken den Arzt aufzusuchen. Dabei könnten Depressionen sehr gut mit Medikamenten und Psychotherapie behandelt werden. Laut der Taiwanesischen Gesellschaft für Suizidforschung geht die Selbstmordrate in Taiwan insgesamt zurück, die Zahl der Selbstmordversuche von Kindern, Teenagern und jungen Erwachsenen mit 7.038 Fällen im vergangenen Jahr steigt jedoch (*Taipei Times*, 1., 9.09.). Willi Boehl

Katharina Feith

Isabel Friemann, China InfoStelle

Katharina Wenzel-Teuber

Alle Quellenangaben in der Chronik beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2020.